Abend-Ausgabe

113. Jahrgang

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 88 — Hauptschriftleiter: Dr. Everth, Leipzig — Mittwoch, den 19. Februar — Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig — 1919

Schwarzrotgold

Amtliche Bekanntmachung

In letzter Zeit sind mehrfach Vergnügungen von Soldaten abgehalten worden, die in Soldatenkreisen und in der Oeffentlichkeit Anlaß zu Beschwerden gaben. Das Generalkommando bestimmt daher, daß Vergnügungen irgendwelcher Art ohne Genehmigung des Garnisonkommandos nicht mehr stattfinden dürfen. Veranstalter besagter Vergnügungen müssen einen schriftlichen Ausweis vorlegen können. Saalinhaber machen sich strafbar, wenn sie ohne Vorlage eines Ausweises des Garnisonkommandos Abhaltung solcher Veranstaltung gestatten.

Korps-Soldatenrat XIX. A.-K.
Schöning.

Die deutschen Nationalfarben

Weimar, 19. Februar. (Drahtbericht unseres ts-Sonderberichterstatters.) Die Reichsregierung hat im Einvernehmen mit dem Staatenausschuß beschlossen, die Farben schwarzrotgold als Nationalfarben anzunehmen.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs

Weimar, 19. Februar. (Drahtbericht.) Der Nationalversammlung wir nunmehr entweder von der Gesamtheit der Parteien oder von der Regierung ein Antrag vorgelegt werden, wonach die Reichsregierung sich sofort mit der Regierung Deutsch-Oesterreichs wegen Herbeiführung des Anschlusses in Verbindung setzen soll.

Graf Bernstorff in Weimar

Weimar, 19. Februar. (Drahtbericht.) Graf Bernstorff ist in Weimar eingetroffen. Seine Ankunft hängt nicht mit der vorläufig erledigten Kanzlan-Krisis zusammen. Graf Bernstorff ist vielmehr als Berater der Reichsregierung in Fragen des Waffenstillstandes und des Präliminarfriedens, besonders soweit sie die Vereinigten Staaten betreffen, nach Weimar berufen worden.

Spartakuspropaganda in Weimar

Weimar, 19. Februar. (Drahtbericht unseres ts-Sonderberichterstatters.) Hier ist der Spartakidenführer Lindemann, ein 21jähriger Bursche, der in der Bevölkerung durch seine kommunistische Propaganda sich stark unliebsam bemerkbar gemacht hatte und vom A.- und S.-Rat dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses Dr. Heinreich als Kontrolleur beigegeben worden war, aus einer Sitzung des Bezirksausschusses heraus verhaftet worden. Lindemann hat Flugblätter kommunistischen Inhalts verbreitet, die sich gegen die Nationalversammlung wenden und zu einem Putsch auffordern.

Umbildung der Braunschweiger Regierung

Braunschweig, 19. Februar. (Drahtbericht.) Die mehrtägigen Verhandlungen der beiden sozialdemokratischen Landtagsfraktionen haben dazu geführt, daß eine rein sozialdemokratische Regierung gebildet wird. Sämtliche Volkskommissare und Präsident Merges legten ihre Aemter nieder. Ferner werden vom 1. April ab die A.- u. S.-Räte aufgehoben. Nur die Arbeiterräte sollen durch Neuwahlen auf breitester Grundlage weiter bestehen bleiben.

Die Spartakusbewegung im Reiche

Gotha, 18. Februar. (Drahtbericht.) **Infolge des Einrückens von Regierungstruppen wurde in einer Anzahl Fabriken und gewerblichen Anlagen seitens der Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen ruhen die Betriebe. Die Straßenbahn verkehrt nicht. Es fehlt elektrischer Strom und Licht. Zwischen Militär und Arbeitern der Gothaer Waggonfabrik kam es zu Zusammenstößen, wobei Schüsse gewechselt wurden.**

Gotha, 19. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Der hiesige Soldatenrat ist durch den Kommandeur des Landjägerkorps Maerken abgesetzt worden. Die rote Fahne ist von den Gebäuden heruntergeholt und statt ihrer die grün-weiße Landesflagge gehißt worden. — Die Arbeiter streiken nicht aus Sympathie für die Regierung, sondern aus Furcht vor den Spartakiden, die gestern vormittag durch Abgesandte den Sympathiestreik für die Arbeiter verlangt haben.**

Gelsenkirchen, 18. Februar. (Drahtbericht.) Durch die städtische Sicherheitswehr und Polizei wurden die Spartakiden von den öffentlichen Gebäuden vertrieben. Die Spartakiden wurden größtenteils entwaffnet und aus den A.- und S.-Räten entfernt. Die städtische Polizei wurde wieder mit Waffen versehen. Der durch die Spartakiden angerichtete Sachschaden ist gering.

Die Streiklage im Ruhrgebiet

Bochum, 19. Februar. (Drahtbericht.) Die Streikbewegung im Ruhrgebiet hat weiter um sich gegriffen. Zu dem angekündigten Generalstreik ist es aber nicht gekommen. Immerhin streikten gestern abend insgesamt 63 Zechen, zum Teil gezwungen, gegen 35 am Tage vorher. Im Bochumer Bezirk kam es in der vergangenen Nacht auf Zeche „Lothringen" zu blutigen Zusammenstößen zwischen einem Haufen bewaffneter Streikenden und der Zechenwehr, bei denen es 5 Tote und 6 Verwundete gegeben haben soll. Die Gegenbewegung gegen den Terror ist hier ständig im Wachsen. Die Belegschaften der Zeche „Prinzregent" und „Julius Philipp" stimmten gestern in einer Versammlung über die Beteiligung am Streik in geheimer Abstimmung ab. Das Ergebnis war, daß von der Belegschaft der Zeche „Prinzregent" 987 Stimmen für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit und 37 Stimmen für den Streik abgegeben wurden. Von der Belegschaft der Zeche „Julius Philipp" stimmten 193 für die Wiederaufnahme der Arbeit und nur 4 für den Streik. Bei dem Versuch, die Abstimmung zu hinterreiben, wurden die Spartakiden von den Bergleuten verprügelt. Zwei der Spartakiden wurden derart zugerichtet, daß sie im Bergmannsheim Aufnahme finden mußten.

Essen (Ruhr), 18. Februar. (Drahtbericht.) Ueber den Umfang des Ausstandes im Ruhrgebiet liegen noch keine zuverlässigen Angaben vor, da die Telephonanlagen der Zechen zum Teil von Spartakiden besetzt sind. Es zeigt sich auch jetzt wieder, daß der größte Teil der Ausständigen sich nur durch Zwang an der Arbeitsniederlegung beteiligte, da sie von Bewaffneten mit Gewalt an der Einfahrt gehindert werden. So wird von der Zeche Roland mitgeteilt, daß die Belegschaft beschlossen hatte, sich nicht an dem Streik zu beteiligen; als indes der A.- und S.-Rat in Oberhausen erklärte, den Arbeitswilligen Schutz nicht gewähren zu können, sind die Arbeiter nicht angefahren. Auf anderen Zechen haben sich die Arbeiter mit der Bürgerwehr zusammengeschlossen, um die fremden Elemente von der Zeche fernzuhalten. Bei der gestrigen Mittagsschicht waren von etwa 50 Zechenanlagen die Arbeiter ganz oder teilweise im Ausstand.

*

Essen, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Bezirksversammlung der A.- und S.-Räte, die heute in Essen stattfand, nahm einen stürmischen Verlauf und führte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Mehrheitssozialisten und den Spartakiden. Die Mehrheitssozialisten machten schließlich ihre weitere Mitarbeit an der Konferenz von der Annahme einer Entschließung abhängig, in der auf das schärfste das Vorgehen der Spartakiden verurteilt wird und die A.- und S.-Räte aufgefordert werden, die bewaffneten Banden, die zur Durchsetzung der gemeingefährlichen Beschlüsse der Mülheimer Kommunistenversammlung die Belegschaften von der Arbeit abzuhalten suchen, mit allen Mitteln unschädlich zu machen. Die Vorlage dieser Entschließung entfesselte einen ungeheuren Tumult. Schließlich sahen sich die Mehrheitssozialisten veranlaßt, den Saal zu verlassen. Sowohl die Mehrheitssozialisten als auch die Spartakiden halten ihre Beratungen nunmehr getrennt ab.

Düsseldorf, 19. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der Kohlenversand ist infolge Ausbruchs des Generalstreiks, an dem sich bis gestern mittag mehr als 80 Prozent aller Zechen beteiligten, ins Stocken geraten. Da auch die Verladung von Zehnladern nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist, ist es wegen unzureichender Anfuhr an den Umschlagplätzen auch nicht möglich, den sich allmählich wieder bessernden Wasserstand zur Kohlenverschiffung einzusetzen. Die Zahl der Werke, die infolge Kohlenmangels und Streikbewegung zur völligen Betriebseinstellung kommen, nimmt rapid zu.

Die Belgier besetzen Wesel

Wesel, 19. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Infolge der unsicheren Zustände hat das belgische Oberkommando im Abschnittskommando I der neutralen Zone mitgeteilt, daß zum Schutz des Hafens und der öffentlichen Anlagen die Besetzung von Wesel erfolgen werde. Ein Zug belgischer Infanterie in Stärke von 40 Mann ist bereits eingetroffen.**

Die Demarkationslinie als Grenze Polens

Basel, 19. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **„Daily Expreß" meldet, daß im alliierten Kriegsrat in Paris vor der Abreise Wilsons die polnische Grenze in dem Sinne der Demarkationslinie, wie sie der Waffenstillstandsvertrag vorschreibt, festgesetzt wurde. Ost- und Westpreußen einschließlich Danzigs sei Deutschland zuerkannt worden. Auch die „Times" schreiben, daß die Zugehörigkeit deutscher Gebiete im Osten zu Deutschland nicht ernstlich bestritten werden könne.**

Neue Streiks in Oberschlesien

Hindenburg, 19. Februar. (Drahtbericht.) Die oberschlesischen Kokereien in Feremba und Sosnowitz sowie auf dem Gotthardschacht sind in den Streik getreten und haben neue Lohnforderungen eingereicht. Es ist zu erwarten, daß heute auch noch die anderen Kokereien des Hindenburger Reviers in den Ausstand treten. Wie der „Telegraphen-Union" aus Arbeitgeberkreisen mitgeteilt wird, sind die Lohnforderungen der Arbeiter so hoch, daß mit einer Einigung kaum zu rechnen ist.

Streikunruhen in Polen

× **Berlin, 18. Februar.** (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Aus vielen Orten des kongreßpolnischen Industriegebietes bei Dombrowa kommen Meldungen von zunehmenden Streiks und bolschewistischen Bewegungen. Die Arbeiter fordern sofortige Beendigung des Krieges, Entlassung des Militärs und Rücktritt der jetzigen Regierung Polens. Ueber Sosnowitze und Bendzien ist das Standrecht verhängt worden. Truppen aus der Ukraine sollen bereits zur Unterdrückung der Unruhen eingetroffen sein. Man spricht von einem bevorstehenden Generalstreik im polnischen Industriebezirk.

Kämpfe mit den Bolschewisten

Libau, 18. Februar. (Drahtbericht.) Die Pressestelle Libau meldet von der lettischen Landfront: Am 18. Februar wurde ein feindlicher Angriff bei Schrunden ohne eigene Verluste abgeschlagen. Am Vormittag belegte der Feind Grössen mit Schüssen leichten Kalibers und besetzte unterdessen einige Gehöfte östlich von Grössen. Fliegeraufklärung stellte in Eszern sechs Geschütze und Bagagen fest, die auf einem zweiten Flug mit 20 Bomben beworfen wurden. Heute früh griff der Feind Goldingen mit starken Kräften an, er wurde aber abgewiesen.

* * *

Bern, 18. Februar. (Drahtbericht.) Wie der englische Heeresbericht vom 13. Februar meldet, haben die alliierten Truppen an der Archangelfront bei Schrednesetenge einen Gegenangriff gemacht, der den Feind sechs Meilen südlich zurücktrieb. Der feindliche Angriff auf Kedish wurde nach hartem Kampfe zurückgeschlagen.

Kein Heldenstück

E. E. Die Waffenstillstandsinterpellation, der in weiteren Kreisen mit einiger Spannung entgegengesehen wurde, hat eine überraschende Wendung genommen, indem sie zu einer Vertrauenskundgebung der Mehrheit für den Minister Erzberger führte. Das brachte nicht nur die gewiß geschickte Rede des Angegriffenen zu Wege, sondern schon vorher und noch viel ausschlaggebender die ungeschickten Ausfälle und Anzapfungen des Redners, der die Interpellation begründete. Es ist eben eine alte Wahrheit, daß Uebertreibungen in ihr Gegenteil umschlagen: allzu scharf macht schartig. Wir wissen uns von einer Voreingenommenheit für Herrn Erzberger frei und haben erst gestern, vor der großen Sitzung, einer Zuschrift aus Weimar Raum gegeben, aus der hervorging, daß dort auch außerhalb der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei Besorgnisse und Mißstimmung über die Waffenstillstandsangelegenheit herrschten. Nun, gestern sind diese Zweifler aus den Kreisen der Mehrheitsparteien nach den Berichten sehr nachdrücklich auf Erzbergers Seite getreten, d. h. sie haben sich wenigstens zum Teil überführen lassen, daß die Vorwürfe, die man allerorts im Lande gegen den Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission erhoben hat, doch noch nicht auf Kenntnis der vollen Wahrheit beruhten, vor allem aber haben sie sich überzeugt, daß die Art, wie die Interpellanten die Sache angefaßt haben, den weiteren Verhandlungen und dem deutschen Ansehen überhaupt schädlich ist und höchstens zum Teil für vaterländische Beweggründe spricht.

Es war die alte Kriegsziel-Rechte, die sich wieder einmal vor der internationalen Oeffentlichkeit, und zwar mit ungeminderter Stimmkraft, vernehmen ließ. Diese Töne haben uns noch niemals Segen gebracht. Jetzt hat man es der feindlichen Presse wieder einmal leicht gemacht, darauf hinzuweisen, daß sich in Deutschland im Grunde nur wenig geändert habe, daß der alte Geist, der den Krieg getragen hat, nicht tot oder einflußlos, sondern nach wie vor zu fürchten sei, und daß die Entente sich also nun erst recht mit allen Mitteln sichern müsse. Insofern hat die Mehrheit recht daran getan, daß sie über alle Meinungsverschiedenheit mit Erzberger hinweg diesem gefährlich gewordenen Vorstoß entschieden entgegentrat. Trotzdem haben die Interpellanten ungefähr das Gegenteil dessen erreicht, was wünschbar gewesen wäre. Statt einen einmütigen und würdigen Protest der Nationalversammlung gegen die Entente anzustreben, hat man die Nationalversammlung vor aller Welt aufs schlimmste gespalten und wenig würdige Vorwürfe lediglich gegen die deutschen Unterhändler gerichtet, also ihr Ansehen beim Gegner beeinträchtigt. Im einzelnen hat Erzberger leider mit nur zu viel Recht dem Herrn von Gräfe, dem bekannten Ultraradikalen der Konservativen, vorgehalten, er spiele den Feinden in die Hände mit Aeußerungen wie der, es sei ganz selbstverständlich, daß sie uns die Handelsflotte nehmen würden. Wer Herrn von Gräfe kennt, ist davon nicht überrascht, das Sonderbare und Betrübende ist nur, daß solche Figuren von der neuen Deutschnationalen Partei bei hochpolitischen Gelegenheiten wieder in der Vordergrund gestellt werden.

Wir wollen nicht in den Fehler der Interpellanten verfallen, das Kind mit dem Bade ausschütten und verkennen, daß eine solche Interpellation nützlich sein konnte. Leider aber handelte es sich, wie gesagt, zum guten Teile dabei um Parteimotive, um den alten Kampf gegen die alten Freunde der Verständigung. Ihnen sollte in der scheinbaren Gunst der Stunde, da auch weitere Kreise der Oeffentlichkeit über den neuen Waffenstillstand aufgebracht waren, ein Hieb versetzt werden, zum höheren Ruhme der alten Annexionsparteien, die es ja „immer gesagt" hätten, daß aus den Bemühungen um Verständigung nichts Gutes kommen könne. So schrieb dieser Tage die „Nationalliberale Korrespondenz" von „jenen deutschen Politikern, die uns die Politik der Verständigung gepredigt und damit den deutschen Widerstandswillen gelähmt haben; ihre Schuld ist ebenso offenkundig, wie der Zusammenbruch ihrer Illusionen". Dabei wird geflissentlich vergessen, daß es ein Unterschied ist, ob man auf die Neigung der Feinde zur Verständigung im zweiten und dritten Kriegsjahr und bei zweifelhaftem Ausgang des Krieges rechnet oder im fünften, nachdem ihnen ein überwältigender Sieg zugefallen ist. Wären bei uns die Verständigungsideen zeitiger durchgedrungen, dann hätten sie auch auf der Gegenseite mehr Entgegenkommen gefunden. Nachdem aber jene Parteien der Rechten wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Feinde noch einige Jahre länger durch die Tatsachen des Krieges und nicht zuletzt auch durch die Brandreden und Schreibereien derer, die zum Teil gestern wieder das große Wort führten, zur Erbitterung aufgestachelt worden sind, stellen sich die Vertreter derselben Parteien und zum Teil dieselben Persönlichkeiten hin und spotten, daß die Verständigungsabsichten, deren Gelingen sie jahrelang planmäßig durchkreuzt haben, mißlungen seien. Herr Erzberger hat ihnen gestern entgegengehalten, daß sie den Wilson-Frieden, nach dem sie jetzt schrien, erst jahrelang verhöhnt hätten; viel schlimmer ist, daß jener Hohn natürlich auch draußen, auch bei unseren Feinden, vernommen worden ist. Das Schlimmste aber ist, daß jene Herrschaften den Verständigungsfrieden erst hintertrieben haben und dann noch Anklagen gegen die erheben, denen sie selber das Spiel verdorben haben.

Dabei hat gerade die interpellierende Partei eine besonders eigenartige Rolle gespielt, die man beinah ein Doppelspiel nennen könnte. Denn während es den Deutschnationalen durch einen für sie parteitaktisch günstigen Zufall gelungen war, um die Zustimmung zu der Erneuerung des Waffenstillstandes herumzukommen, hat der Führer der Deutschen Volkspartei in der entscheidenden Sitzung des Kabinetts keinen Widerspruch erhoben — und unmittelbar darauf kam die Interpellation seiner Fraktion zur Verhandlung, die sich gegen unsere ganze Waffenstillstandspolitik rich-

lere und darüber hinaus grundsätzliche Klärungen herbeiführen wollte. Sie hat in der Tat einiges geklärt, und insofern soll der Interpellation selber nicht jedes Verdienst abgesprochen werden. Sie hat nebenbei auch Herrn Erzberger einen Dienst erwiesen, was ja nicht in ihrer Absicht lag, sie hat schließlich aber auch den Charakter der Deutschen Volkspartei deutlicher ins Licht gesetzt. Man wußte zwar, daß in ihrer Fraktion, die innerpolitisch weniger rechts steht als die Deutschnationalen, außerpolitisch die Alldeutschen und die ehemaligen Vaterlandsparteiler, die verhältnismäßig ebenso stark in ihr vertreten sind wie in der Nachbarfraktion, eine Rolle spielen würden; aber es war neu und belehrend, zu sehen, in welchem Maße diese Herrschaften das Auftreten der Partei zu bestimmen vermögen.

Zusammenfassend kann man sagen: wir haben gewiß keinen Anlaß, seit gestern mit den Waffenstillstandsverhandlungen zufrieden zu sein oder gar Herrn Erzberger Hosiannah zu rufen, aber neben dem nicht leicht wiegenden Schäden, den der gestrige Tag Deutschland gebracht hat, kann man die Selbstenthüllung der parlamentarischen Rechten und die entschiedene Kennzeichnung, die ihr die Mehrheit hat zuteil werden lassen, immerhin als einen gewissen Gewinn buchen.

Anträge in der Nationalversammlung

Weimar, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Antrag Dr. Heinze und Genossen (Deutsche Volkspartei).

Für den Fall der Ablehnung des Antrages Nr. 15 der Drucksache wolle die Nationalversammlung beschließen:

Gesetz über die Vertretung Elsaß-Lothringens in der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung:

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat in Uebereinstimmung mit dem Staatenausschuß folgendes Gesetz beschlossen: § 1. Solange im Wahlkreis 38 (Elsaß-Lothringen) ordnungsmäßige Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Verordnung vom 30. November 1918 Reichswahlgesetz, Reichsgesetzblatt Seite 13, 45) nicht zustande kommen, werden als vorläufige Vertreter der an der Ausübung ihres Wahlrechts behinderten Wähler folgende Personen zur Nationalversammlung zugelassen: Professor Dr. Aurich aus Straßburg, Landtagsabgeordneter Donnevert aus Metz, Landtagsabgeordneter Emmel aus Mülhausen, Redakteur Emil Fischer, zurzeit Kassel, Stadtrat Gilg aus Kolmar, Direktor Götz aus Straßburg, Oberlehrerin Ella Kausler, zurzeit Berlin-Grunewald, Scheerer aus Baar, Generalleutnant Scheüch, Kriegsminister a. D., Sanitätsrat Dr. Spindler, Bürgermeister von Münster, Schriftsteller Dr. Stadtler, zurzeit Berlin. Diese Vertreter haben alle Rechte der Mitglieder der Nationalversammlung mit Ausnahme des Stimmrechts. § 2. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft.

Antrag Arnstadt und Genossen.

Die Nationalversammlung wolle beschließen, einen Ausschuß für Bevölkerungspolitik von 28 Mitgliedern und einen Ausschuß für Wohnungspolitik von 21 Mitgliedern einzusetzen und diesen das Aufgabengebiet, das im letzten Reichstag der Ausschuß für Bevölkerungspolitik und der Ausschuß für Wohnungspolitik bearbeitet hat, zuzuweisen.

Antrag Arnstadt und Genossen.

Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, folgende Gesetzentwürfe vorzulegen: 1. einen Gesetzentwurf, durch welchen das Vereinigungsrecht der Landarbeiter zeitgemäß geregelt und gesichert wird; 2. den Entwurf einer der veröffentlichten vorläufigen Landarbeiterordnung entsprechenden Landarbeiterordnung vorzulegen, durch welche das Arbeits- und Dienstvertragswesen und der Arbeiterschutz für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen geregelt wird; 3. einen Gesetzentwurf betreffend Errichtung von Landarbeitergerichten für die landwirtschaftlichen Arbeiter nach dem Vorbilde der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte; 4. einen Gesetzentwurf betreffend Regelung der Arbeiter- und Dienstverträge und des Arbeiterschutzes der Hausangestellten, und 5. einen Gesetzentwurf zwecks Abänderung der Reichsversicherungsordnung, durch welche die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter im Arbeiterversicherungswesen rechtlich und materiell so günstig gestellt werden, wie die gewerblichen Arbeiter.

Antrag Arnstadt und Genossen.

Die Nationalversammlung wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, unverzüglich der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen zum Schutz der Heimarbeiter den Fachausschüssen die Befugnisse übertragen werden, unabdingbare Löhne festzusetzen, und die staatlichen Behörden anzuweisen, auch in Zukunft den Organisationen der Hausarbeiter und den mit Außenarbeitern arbeitenden Betrieben Aufträge in umfangreichem Maße zu übertragen.

Von den Abgeordneten **Gebhart** (Bayr. Bauernbund) und **Weilenbeck** (Deutschnat.) ist folgende Anfrage bei der Nationalversammlung eingegangen:

Städte und Lieferungsverbände haben während des Krieges dem Reich Milliarden für die Kriegsfürsorge vorgeschossen. Zu dieser enormen Leistung kommen jetzt die Aufgaben für die Arbeitslosenfürsorge, deren vorläufige Leistung das Reich auch den Gemeinden und Städten auferlegt hat. Die Aufbringung der Zinsen für diese vorgeschossenen Summen beeinträchtigen die Aufgaben der Kommunen und Kreise auf das schwerste. Ist die Reichsregierung bereit, alsbald und bis zu welchem Termin den Kommunen und Lieferungsverbänden diese vorgelegten Summen zurückzuerstatten?

Die preußische Landesversammlung

In der Deutschen demokratischen Partei hat es starkes Befremden erregt, daß die preußische Landesversammlung nicht alsbald nach ihrer Wahl einberufen worden ist und daß auch nach der Wahl des neuen Preußenparlaments von der Regierung Notgesetze erlassen worden sind. Wie nun gemeldet wird, beabsichtigt die Regierung, die Landesversammlung auf den 4. März einzuberufen. Mit Rücksicht darauf, erscheint es vielleicht nicht nötig, noch besonders auf beschleunigte Einberufung der Volksvertretung zu dringen. Die Deutsche demokratische Partei erhebt aber als unbedingte staatliche Notwendigkeit die Forderung, daß eine Hinausschiebung des Termins über den 4. März hinaus unter allen Umständen unterbleibt, daß ferner die gegenwärtige preußische Regierung, ebenso wie es die Volksbeauftragten im Reiche getan haben, der souveränen preußischen Landesversammlung ihre Aemter sofort zur Verfügung stellt, daß weiter jede Art von Nebenregierung unverzüglich beseitigt wird, und daß nicht nur die sämtlichen seit dem 9. November erlassenen Notgesetze und Notverordnungen der Landesversammlung zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet, sondern auch die auf Grund der Exekutivgewalt ergangenen Verfügungen dem Hause vorgelegt werden.

Zum preußischen Verfassungsentwurf

Weimar, 19. Februar. (Drahtbericht.) Das preußische Kabinett setzte gestern seine Beratungen fort. Der Entwurf einer preußischen provisorischen Verfassung, der der Nationalversammlung vorgelegt werden soll, wurde angenommen. Es darf als feststehend angenommen werden, daß auch in Preußen ein Kabinett aus den Mehrheitsparteien, Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum, gebildet wird.

*

× **Berlin**, 18. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Frage eines besonderen Staatspräsidenten in Preußen wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu lebhaften Auseinandersetzungen Anlaß geben. Der Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Regelung der Staatsgewalt in Preußen, den die Regierung heute in erster Lesung angenommen hatte, sieht bekanntlich einen besonderen Präsidenten für Preußen vor. Da die Stellungnahme der Regierung in dieser Frage bei einzelnen Fraktionen auf Widerspruch stößt, beabsichtigt die Regierung, eine zweite Lesung vorzunehmen und sich bis dahin mit den Parteiführern, den Vertretern der übrigen Freistaaten und dem Reichspräsidenten in Verbindung zu setzen. Auch die Allgemeinheit wird in der Lage sein, zu der Frage Stellung zu nehmen und daran Kritik zu üben.

Vertretertag der Deutschen Volkspartei in Hannover

Hannover, 18. Februar. (Drahtbericht.) Anläßlich des Vertretertages der Deutschen Volkspartei für Hannover fand in der Stadthalle eine große Kundgebung der Deutschen Volkspartei statt, wo die Abgeordneten Bleuermann, Graf Ochnat, Busche, Ronkel und Dr. Stresemann über die Nationalversammlung und die Aufgaben der Deutschen Volkspartei vor etwa 5000 Personen sprachen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die Schutzlosigkeit der Ostmarken, gegen die Auslieferung unserer Handelsflotte und gegen die Annahme weiterer verschärfter Waffenstillstandsbedingungen protestiert wurde. Auf dem Vertretertage der Provinz wurde festgestellt, daß alle Mitteilungen über schwebende Verhandlungen, die eine Verschmelzung mit den Deutschnationalen betreffen, aus der Luft gegriffen seien. Zum Vorsitzenden der Provinzialorganisation Hannover wurde Oberpräsident Richter gewählt.

Eine geheime Denkschrift über den U-Bootkrieg

× **Berlin**, 18. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Anläßlich des Jahrestages des Beginnes des U-Bootkrieges teilt der „Vorwärts" aus einer geheimen Denkschrift des Admiralstabes der Marine an den Reichskanzler Bethmann Hollweg vom 12. Februar 1916 folgende Stelle mit: „Die lediglich zum Zweck der Veranschaulichung gewählte Vorstellung einer Verdreifachung der vorjährigen Wirkung und die Hemmung auf militärischem Gebiet führt zu der gewissen Annahme, daß ein neuer U-Bootkrieg, dem die Kriegszone ohne jede Einschränkung zur Verfügung gestellt wird, im Laufe längstens eines halben Jahres zu dem Erfolg führen würde, England auf dem Wege der Unterbindung des Seeverkehrs zum Frieden zu zwingen." Wie der „Vorwärts" weiter mitteilt, war es Herr Helfferich, der in einer höchst sachlichen Antwort die Ausführungen des Admiralstabes zerpflückte. Helfferich warf die Frage auf, welches die Rückwirkung eines rücksichtslosen U-Bootkrieges auf England und seine Verbündeten wäre, insbesondere in dem wahrscheinlichen Falle, daß die Union in den Krieg gegen uns eintrete. Helfferich kam zu dem Schluß: „Die Gefahr, daß der Rückschlag des neuen U-Bootkrieges auf Deutschland für uns verhängnisvoller sein würde als die denkbar schwerste Schädigung Englands, bleibt bestehen."

Berlin, 18. Februar. (Drahtbericht.) Der Vorsitzende der britischen Mission der Waffenstillstandskommission in Spa gab auf eine Anfrage von deutscher Seite die nachstehende Erklärung ab:

„Ich bin in der Lage, Sie davon zu verständigen, daß keine Namen von Leuten der Unterseeboot-Besatzungen, welche in englische Gefangenschaft geraten sind, verheimlicht wurden."

Zechenräte im mitteldeutschen Bergrevier

Der A.- und S.-Rat Hettstedt hat am 8. Februar versucht, die Durchführung der Betriebsratswahl auf Kupferkammerhütte bei Hettstedt mit Waffengewalt zu erzwingen, wurde indes durch das persönliche Dazwischentreten der Gewerkschaftlich-Mansfeldschen Ober-Berg- und Hütten-Direktion in Eisleben an seinem Vorhaben gehindert. Gegen das gewaltsame Vorgehen wurde vom Generaldirektor und von der Vereinigung gewerkschaftlicher Angestellter, deren Mitglieder zugleich der am 4. Februar zu Halle gegründeten Vereinigung der Angestellten des mitteldeutschen Bergbaues zugehören, beim A.- und S.-Rat Hettstedt Verwahrung gegen die stattgefundene Bedrohung der Beamten eingelegt. Dem A.- und S.-Rat wurde dabei mitgeteilt, daß, falls ein Angehöriger der Vereinigung in der Ausübung seiner Dienstpflicht gehindert und nochmals bedroht werden sollte, die Beamtenschaft in den Ausstand treten würde. Zu gleicher Zeit wurde auf dem Paulschacht die Durchführung der Betriebsratswahl unter Störung des Betriebes und schwerer Drohung der Beamten vorgenommen. Durch die energischen Vorstellungen der Beamten erreichten diese es, daß im Beisein von Vertretern der staatlichen Aufsichtsbehörde, der Mansfeldschen Gewerkschaft und der Beamtenvereinigung der A.- und S.-Rat zu folgender schriftlichen Erklärung veranlaßt wurde:

Wir unterzeichneten Vertreter des A.- und S.-Rates Hettstedt bedauern hiermit die Vorkommnisse auf Paulschacht am 20. d. M. und verpflichten uns, dafür zu sorgen, daß ihre Wiederholung in Zukunft vermieden wird. gez.: Unterschrift.

Es handelte sich bei dem Vorgehen des A.- und S.-Rates um erste Versuche der „Unabhängigen", die zwangsweise Sozialisierung der Bergwerke vorzunehmen. Die Vereinigung der Angestellten des mitteldeutschen Bergbaues hat für ihre Mitglieder die Parole ausgegeben, die Betriebsräte nicht eher anzuerkennen, als bis eine klare Anordnung der Reichsregierung erfolgt ist. Die Beamten sind der Meinung, daß die Durchführung der Sozialisierung Sache der Reichsregierung sei. Sie fühlen sich reif und stark genug, ihre Interessen, welche sich die Unabhängigen mit anzunehmen vorgeben, selber in angemessener Form zu vertreten. Sie nehmen damit nicht Stellung gegen die Arbeiterschaft. Die Vertreter der Beamten auf Paulschacht erklärten den Bergleuten vielmehr, daß die Beamten selber in engeres Vertrauensverhältnis zu den Arbeitern zu kommen wünschen, daß aber weder sie noch die Arbeiter eine Gewähr dafür hätten, daß das System der Betriebsräte nicht schon morgen von einer anderen, ebenso willkürlichen Einrichtung abgelöst wird. Bedauerlich bleibt die unklare Sprache der Reichsregierung in der Frage der Betriebsräte, die nach ihren bisherigen Leistungen die schlimmsten Befürchtungen für die Zukunft der deutschen Industrie rechtfertigt.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn die Beamtenschaft nicht endlich für die Wahrung ihrer staatsbürgerlichen Freiheit energisch und solidarisch eintritt, wir rettungslos der russischen Willkür verfallen sind. Es zeigt sich, daß entschlossenes Handeln zum Ziele führt. Die Privatangestellten und auch die Staats- und Kommunalbeamten müssen vermöge ihrer besseren Kenntnis der Dinge den Hirngespinsten des Bolschewismus energisch zu Leibe rücken.

*

* **Die Vereinigung der Angestellten des mitteldeutschen Bergbaues** ist am 4. Februar in Halle von Vertretern der Braunkohlen-, Kali- und Kupferbergbaugebiete gegründet worden. Diese Vereinigung umschließt alle Berufsgruppen, Berg- und Hüttenbeamte, Techniker, Kaufleute und Verwaltungsbeamte unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zu besonderen Berufsorganisationen oder politischen Parteien. Die Vereinigung ist eine vom Unternehmertum und von der Arbeiterschaft unabhängige Standesvertretung, die ihre Mitglieder gegen unberechtigte Ansprüche von oben und unten auf der Grundlage solidarischen Vorgehens schützt. Die Geschäftsstelle der Vereinigung befindet sich in Halle, Alte Promenade 10.

Die Regierungskrise in Bayern

München, 19. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die politische Lage in Bayern hat sich weiter zugespitzt. Der Landtag ist für nächsten Freitag einberufen. Die Tagesordnung der ersten Sitzung enthält als ersten Punkt eine Regierungserklärung. Falls nicht in letzter Stunde der Zusammentritt gewaltsam verhindert werden soll, was man mehr befürchtet als tatsächlich annimmt, muß die provisorische Regierung noch am Freitag die Gewalt in die Hände der Volksvertretung zurückgeben. Wie auch das neue Kabinett aussehen wird, daß Eisner in ihm einen Platz nicht haben wird, gilt in allen politischen Lagern als sicher.

*

* **Die Tagesordnung für die erste öffentliche Sitzung des bayrischen Landtages** umfaßt folgende Punkte: 1. Entgegennahme der Erklärungen der Staatsregierung, 2. Wahl der Vorsitzenden und Schriftführer, 3. Beschlußfassung über eine Geschäftsordnung. Das Schriftstück ist unterzeichnet von dem Alterspräsidenten Dr. Jäger.

Internationalisierung der Donau

Amsterdam, 18. Februar. (Drahtbericht.) Einem hiesigen Blatte zufolge meldet der Pariser Korrespondent von „Weekly Dispatch", daß die Anwendung der Grundsätze des Völkerbundes die Entwicklung der Donau zu einem der größten internationalen Wasserwege der Welt zur Folge haben werde. Dieser Plan bildet den Gegenstand von Sonderbesprechungen in den einflußreichen Kreisen der Friedenskonferenz.

Erinnerungen

Aus dem „Lager-Echo" von Knockaloe.*)

Vor den Pfählen, drahtumsponnen, grünlich schillernd in den Schwingen,
Sitzt ein Star im Licht der Sonnen und läßt laut sein Lied erklingen.
„Ich bin frei!" Aus kleiner Kehle trotzt es schmetternd — und im Innern
Meiner abgestorbenen Seele regt sich zitternd ein Erinnern.
Einst vor langen, langen Jahren legte ich mich auf die Lauer,
Fing mit List mir einen Staren, und ich setzte ihn ins Bauer.
Auf der Stange saß er brütend, sanglos, ohne sich zu rühren;
Schmeichelnd suchte ich, dann wütend, ihn zum Singen zu verführen.
Doch vergebens. Es gelang nicht, wie ich ihn auch immer quälte,
Und er sprang nicht und er sang nicht, weil die süße Freiheit fehlte.
Jahre hielt ich ihn gefangen, herzlos sah ich ihn verderben,
Achtlos blieb mir sein Verlangen, seelenlos ließ ich ihn sterben.
Heute regt sich das Gewissen, da ich in der gleichen Lage,
Heute, wo ich selbst muß missen gold'ner Zeiten Freiheitstage,
Was der Vogel einst gefühlt hat gegen mich, der ich so schändlich
Ihn gequält, — was ihn durchwühlt hat, heute ist es mir verständlich.
Sang- und klangvoll ziehen die Horen, schneckenlangsam, seelenquälend;
Sang und Klang hat sich verloren in dem Vogelbauerelend.

Tanzgastspiel von Hannelore Ziegler (im Schauspielhaus). Die Künstlerin gewann sich neue Freunde und Bewunderer. Sie blieb innerhalb der Grenzen mannigfaltiger Möglichkeiten und verzichtete auf ein verstiegenes Programm mit langsamen Sätzen eines Bach und Beethoven. Vor allem glücklich will sie mir scheinen in der Darstellung mehr zu Ernst neigender Charaktere. So gibt sie z. B. in Chopins A-Moll-Walzer die Entsagende, begreift den Geist der Musik und läßt sich von ihm tragen. Sehr wirkungsvoll gestaltete sich der Zwischensatz, dies himmelnde Jauchzen, dagegen die wieder die Oberhand gewinnende Resignation scharf abstach. Ein Stück Orchestik gab Hannelore Ziegler im Cis-Moll-Präludium Rachmaninoffs, ein getanztes Mimodrama im Kleinen und doch voll Größe. Alle Bewegungen, sowohl die inneren als auch Aeußerung der äußeren, sind auf die Musik eingestellt, ja, oft hat man dieser sehr schönen Darbietung gegenüber die Empfindung, als sei die Musik das Sekundäre, mehr nur klingender Text und Kommentar zur Szene. Rachmaninoffs scharfe Dissonanzen und harte Rhythmen umspannen gleichsam Körperlichkeit. Auf diesem Tragödienakt folgt ein Stückchen Satirspiel. Dort der Typ etwa nach einem griechischen Vasenbild oder einem pompejanischen Wandgemälde, hier, in Joh. Straußʼ Pizzikatopolka, eine Studie nach Reznicek, kokett, ein bißchen provokant, etwas Karnevalsstimmung und viel Liebenswürdigkeit. Schon als Kompositionen an sich gar zu nichtssagend erwiesen sich zwei Nippsachen des bekannten trefflichen Geigers Kreisler, daraus die Künstlerin kaum viel an Eignem zu schöpfen vermochte. In Walzern von Lanner und Strauß gab sie eine Menge feiner Züge. Gewiß, aber andere entwickelten da schon ein Plus an Leichtigkeit und erweckten im Tanz den erfreulichen und erfrischenden Eindruck des getanzten Extempore, wie auch die Ecossaises Beethovens im Verhältnis weniger Originalität aufzeigten. Ausverkauft war das Haus, der Beifall stürmisch. E. S.

*) Dieses Gedicht eines [illegible] Deutschen aus englischer Kriegsgefangenschaft [illegible] nicht um seines künstlerischen Wertes, sondern um seines Inhalts willen, der [illegible] selbst Glücklicheren spricht, der [illegible] Abhandlung eines [illegible] A. L. Vischer über „Die Stacheldraht-Krankheit", [illegible] der Kriegsgefangenen), die bei Rascher in Zürich erschienen ist.

VII. Konzert der Gesellschaft der Musikfreunde. Werke zeitgenössischer Komponisten — ausgenommen die vier Lieder am Klavier — gaben dem ersten Teil des Programms das charakteristische Gepräge. Einleitend erklang das Vorspiel zu Siegfried Wagners „Sonnenflammen", in dem der Dichterkomponist programmatisch das Wesentliche der bunten Handlung darzustellen versucht. Immer wieder ist man geneigt, die Werke seines Vaters als gar zu strengen Maßstab für sein Schaffen zu benutzen und nach Anklängen in seiner Musik zu suchen. Derartige Reminiszenzen festzustellen, fiel auch gestern nicht schwer. Doch das ist ja schließlich nicht das Entscheidende. Wohl bekam man einige klanglich und rhythmisch interessante Stellen zu hören, doch kam im ganzen genommen zu wenig persönliche Eigenart, auch nicht sich stärker äußernde, eindringlicher wirkende Gefühlserregung zum Ausdruck. Kein Wunder also, daß der in dankenswerter Weise durch die Geraer Kapelle vermittelten Erstaufführung nur ein schwacher Erfolg beschieden war. Ganz anders stand's um Walter Niemanns „Rheinische Nachtmusik" für Streichorchester und zwei Hörner, deren sich Herr Kapellmeister Heinrich Laber gleichfalls mit viel Liebe annahm und die zahlreichen Schönheiten und Feinheiten dieses liebenswürdig-idyllischen Werkes voller Romantik und schlichter Heiterkeit, in dem Idee und Inhalt, Wollen und Können in so schönem Verhältnis stehen, zu vollster Geltung und Wirkung brachte. Eine hochanzuerkennende Leistung vollbrachte das Orchester unter seiner straffen, umsichtig-anfeuernden Leitung auch mit der dynamisch fein ausgearbeiteten, lebensvollen Wiedergabe von Beethovens C-Moll-Sinfonie, deren einzelnen Sätzen er eine ihrem Charakter entsprechende Auslegung zuteil werden ließ. Auf gleich geschmackvolle Art, wie Herr Max Ludwig die vier Lieder am Klavier begleitete, führte auch die Kapelle die Orchesterbegleitung zu den vier Gesängen aus. Frau Kammersängerin Tilly Cahnbley-Hinken bestand mit allen Ehren, weniger nach der klanglichen Seite — hierin wurden, wie auch hinsichtlich der Intonation, nicht alle Wünsche restlos erfüllt —, wohl aber nach seiten des Ausdrucks. Mit feinem musikalischen Verständnis wußte die Künstlerin die verschiedensten Grade eines reichen Empfindens in ihrem Gesange zum Ausdruck zu bringen und den in Stimmung und Gefühlsgehalt sehr verschiedenartig gehaltenen Liedern voll gerecht zu werden. Curt Hermann.

Einakter-Uraufführungsabend in Dresden. Aus Dresden wird uns geschrieben: Im Albert-Theater kamen an einem Abend drei Dresdener Autoren zu Wort: ein Anonymus mit einer tragischen Farce „Schuschu", Ottomar Enking mit einer Kleinbürgerkomödie „Familie", Leo Lenz mit einer Posse „Banausenschlacht". Alle drei Autoren machen Front gegen die „Bürger", der Verfasser von „Schuschu" mit Spott, Gift und Galle, Enking mit milder Karikatur, Lenz mit seinem Witz. Schuschu ist Hochstapler aus Haß des Ausgestoßenen gegen die Selbstsicheren. Auch die Komtesse Hannerl hat es bestehlen wollen, sie hat die Situation aus ihrer Stimmung heraus anders aufgefaßt und ist seine Geliebte geworden. Als Schuschu ihr seine Hoteldiebexistenz verrät, treibt sie das Entsetzen schließlich doch wieder in seine Arme, und als er ihre und seine Ehre mit einem Mord gerächt hat, geht sie gern mit ihm in den Tod. Der Dialog endet mit einem krassen Filmeffekt: drei Toten. Die eigentümliche Stimmung ist nicht gestaltet. So gleitet der hochgespannte Dialog immer zwischen Banalität und Lächerlichkeit. — Enking zeichnet mit offenem, mildem Humor, breit und episch, Bildchen an Bildchen reihend, die Tragikomödie einer Mutter, die ihre Sehnsucht nach einem späten Glück der Streberexistenz ihres Sohnes opfert. Der Beamtentypus, der die Menschen nach dem Steuerzettel bewertet, ist scharf gesehen. — Die „Banausenschlacht" ficht mit Erfolg ein junger Maler aus. Er gewinnt die Tochter eines Geldprotzen, als er sich als reicher Mann vorstellt, nachdem er eben erst als angeblich armer Freier abgewiesen worden ist. Geschickte billige Unterhaltungsware. Die Darstellung war gut. Schuschu fiel beinahe durch, Enking fand viel Beifall, Lenz hatte einen Erfolg. A. G.

Kleine Mitteilungen. Ein nachgelassenes Werk Peter Altenbergs kündigt S. Fischer, Berlin, an. Es heißt „Mein Lebensabend". — Anton Tschechows Schauspiel „Die Möwe", das am Sonnabend im Alten Theater zum ersten Male gespielt wird, ist in deutscher Uebersetzung von August Scholz im Verlag und Büchervertrieb von J. Ladyschnikow in Berlin erschienen.

* * *

Städtische Theater. Anton Tschechows Schauspiel „Die Möwe", deutsch von August Scholz, das Sonnabend, den 22. Februar, im Alten Theater zur Erstaufführung gelangt, ist wie folgt besetzt: Irina Nikolajewna Arkadina: Käte Wittenberg, Konstantin Treplow: Hans Zeise-Gött, Sorin: Wilhelm Hellmuth-Bräm, Nina Michailowna Sarjetschnaja: Lucie Pinscher, Schamrajew: Oscar Berger, Polina: Tilly Hesse, Mascha: [illegible], Trigorin: Emil Mamelok, Dorn: Wilhelm Walter, Medwjedenko: Adolf [illegible], Jakow: Arthur Niklas; in Szene gesetzt von Dr. Alwin Kronacher.

Hochschulnachrichten. Der Internist, ord. Honorarprofessor an der Universität Berlin Geh. Medizinalrat Dr. Alfred Goldscheider, Direktor des Poliklinischen Instituts für innere Medizin, ist zum ordentlichen Professor daselbst ernannt worden. — [illegible] die Ernennung der bisherigen außerordentlichen Professoren an der Universität [illegible] Dr. jur. Eduard Kohlrausch und Dr. phil. Wilhelm Pinder zu Ordinarien an preußischen Universitäten erfolgt, der Straf- und Prozeßrechtslehrer Kohlrausch [illegible] an der Universität Berlin, Dr. Pinder [illegible] in Breslau. — Der ordentliche Honorarprofessor für Chemie und Abteilungsvorsteher am chemischen Laboratorium der Universität Heidelberg Dr. Paul Jannasch tritt am 1. April d. J. in den Ruhestand. — Der Kunsthistoriker Dr. Georg Lill in München ist zum Kustos am Bayerischen Nationalmuseum daselbst berufen worden.

SLUB
Wir führen Wissen.

Der Briefwechsel Hindenburg—Scheidemann

× Berlin, 19. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Da in der Presse mehrfach die Veröffentlichung des Briefes des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an den Ministerpräsidenten Scheidemann gewünscht wird, erfolgt sie hier zugleich mit dem Antwortschreiben Scheidemanns:

Großes Hauptquartier, 16. Februar 1919.

Euer Exzellenz haben in der Sitzung der Nationalversammlung vom 13. Februar 1919 den General Ludendorff als Hasardeur bezeichnet. Mich und auch alle anderen, die dem General Ludendorff treu ergeben sind, hat dieses Wort von der verantwortlichen höchsten Reichsstelle gesprochen, schwer verletzt. General Ludendorff ist ein glühender Patriot und hat nur das Beste für das deutsche Volk in seiner kraftvollen Art erstrebt. Das gewissenlose oder leichtfertige Wesen eines Hasardeurs liegt ihm ganz fern. Ich kann nicht annehmen, daß Euer Exzellenz meinen treuen Mitarbeiter in schwerer Kriegszeit, für dessen Tun ich mitverantwortlich war, das reine und ernste Wirken für des Vaterlandes Wohl absprechen wollen. Mit der Versicherung meiner Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Euer Exzellenz ergebener

von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Das Antwortschreiben lautet:

Euer Exzellenz darf ich mein Bedauern darüber aussprechen, daß meine Aeußerung über General von Ludendorff Euer Exzellenz verletzt hat. In der Sache selbst kann ich aber von meinem Wort nichts abgeben. Hazardeur nenne ich den Mann, der alles auf eine Karte setzt, ohne die Folgen zu bedenken, die ein Versagen dieser Karte nach sich zieht. Daß General Ludendorff in dieser Weise gehandelt hat, davon habe ich mich als Parlamentarier und erst recht als Mitglied des Kabinetts des Prinzen Max überzeugen können. Ich darf um so mehr von einem genialen Hazardeur sprechen, als General Ludendorff, wie aktenmäßig feststeht, am 1. Oktober 1918 selbst erklärt hat: Ich komme mir vor wie ein Hazardspieler. Ich verbleibe mit der Versicherung meiner Hochachtung Euer Exzellenz ganz ergebener

Philipp Scheidemann.

Die Bildung der Fachausschüsse in Weimar

Weimar, 19. Februar. (Drahtbericht unseres **ts.**-Sonderberichterstatters.) Unmittelbar nach der heutigen Sitzung findet die Bildung der Fachausschüsse statt. In den Verfassungsausschuß wird, wie wir vernehmen, von der Demokratischen Partei u. a. Dr. Zöphel gewählt. Dem Ausschuß für Handel und Gewerbe werden die Leipziger Abgeordneten Nitzschke-Leutzsch und Schneider angehören.

Spartakidenherrschaft in Mülheim und Hamborn

Essen, 19. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist nach wie vor ernst. Nach der gestern erfolgten Spaltung zwischen den Mehrheitssozialisten und den Spartakiden auf der Bezirkskonferenz der A.- und S.-Räte des Industriebezirks wurde gestern von den radikalsten Elementen in Abwesenheit der Mehrheitssozialisten der Generalstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ohne bestimmten Termin beschlossen. Die Versammlung stellte sich vollkommen auf den Boden der kommunistischen Forderungen. In Mülheim, wo die Spartakiden sich hauptsächlich eingenistet haben, kam es verschiedentlich zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitswilligen und Spartakiden, wobei diese blindlings in die Menge hineinfeuerten. Ein Mann wurde getötet und mehrere verletzt. Auch in Hamborn wurden gestern sämtliche Hochöfen der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" stillgelegt, obwohl selbst in kommunistischen Kreisen davor gewarnt worden war, weil damit die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung unterbunden ist. An einigen Stellen der Stadt haben die Spartakiden Geschütze aufgefahren.

Die Frage der Notwahlen für Tirol

Wien, 19. Februar. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Eine hervorragende Persönlichkeit erklärte unserem Korrespondenten: Am 20. Febr. wird sich der Staatsrat mit der Frage der Notwahlen für Südtirol und für die Sudetenländer befassen. Es dürfte dabei zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Standpunkt der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten kommen. Die Bürgerlichen fordern die Ernennung der Notabgeordneten infolge der Wahlbehinderung; die Sozialdemokraten sind dagegen für sog. wilde Wahlen. Die Bürgerlichen finden für ihren Standpunkt einen unerschütterlichen Stützpunkt im Wahlgesetz, das den Abgeordneten für Südtirol und die Sudetenländer zusichert, schon an der Eröffnungssitzung der Konstituante teilnehmen zu können. Man erklärt, daß Gewaltakte von seiten der Tschechen nicht ausgeschlossen seien, daß aber diese Angriffe nicht davon abhalten dürften, die Pflicht zu tun.

Letzte Drahtnachrichten

Endgültiger Friedensschluß am 1. Juli?

Rotterdam, 19. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Laut „Courant" teilte Lloyd George im Unterhause mit, daß die Gesamtdemobilisation und der endgültige Friedensschluß am 1. Juli erfolgen werde.

Rückkehr Deutscher aus China

Amsterdam, 18. Februar. (Drahtbericht.) Einem hiesigen Blatte zufolge melden die „Times" aus Schanghai, daß die chinesische Regierung jetzt endgültige Schritte unternommen habe, die feindlichen Untertanen in die Heimat zurückzusenden. Die erste Gruppe ausgewiesener Deutscher ist an Bord zweier Schiffe unter Begleitung eines britischen Kanonenbootes abgefahren. Nur Personen über 60 Jahre, Kranke und Aerzte, deren Dienste von den niederländischen Konsularbehörden beansprucht werden, dürfen bleiben, ebenso Personen, für welche die alliierten Gesandten einstehen. Die Kosten der Heimbeförderung werden aus dem Ergebnis des Verkaufs des deutschen Besitzes bestritten.

Der chinesisch-japanische Konflikt

Berlin, 18. Februar. (Drahtbericht.) Nach dem „Echo de Paris" vom 14. Februar verursachen die chinesisch-japanischen Beziehungen in Washington Unruhe. Japan drängt darauf, daß China den für den Fall der Rückerstattung von Tsingtau mit Japan über die Schantung-Eisenbahn abgeschlossenen Vertrag ratifiziert, der ihm gewisse ökonomische Vorteile in China zusichert, was den Friedenskongreß vor ein fait accompli stellen würde. China hatte die Gegenhilfe Amerikas angerufen, um der Gefahr zu begegnen, von Japan allmählich verschluckt zu werden.

*

Amsterdam, 18. Februar. (Drahtbericht.) Die „Times" melden aus Schanghai, daß der gesamte deutsche Besitz in China beschlagnahmt worden ist.

* Von der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes meldet die „Kölnische Zeitung", daß Geheimrat Heilbron einen längeren Urlaub antritt.

* Senator Dr. Karl Petersen hat sich entschlossen, das ihm angebotene Amt des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt nicht zu übernehmen. Er gedenkt vielmehr nach Schluß der Plenarsitzung in Weimar nach Hamburg zurückzukehren.

* Der Oberste Marinerat Niederelbe ist infolge einer Verfügung der Reichsregierung der Marinekommandantur Niederelbe angegliedert worden. Der Vorstand ist auf demokratischer Grundlage neu gewählt worden. Derselben Kommandantur sind die Schiffsbesichtigungskommission und alle in Hamburg bestehenden Marinestellen untergeordnet. Sie wird die im Hamburger Hafen liegenden großen Werte sowie das Reichs- und Volkseigentum schützen. Der Wachtdienst wird durch ein Linienschiff und vier Torpedoboote verstärkt. Auf dem Linienschiff ist eine starke Funkstation eingebaut worden; sie wird an Stelle der Seewarte den Reichsfunkdienst übernehmen.

* Eine Volksabstimmung über Oberschlesien? Nach einer Breslauer Meldung der „Vossischen Zeitung" hat Staatsminister Erzberger einem Vertreter des schlesischen Volksrates erklärt, daß eine Volksabstimmung über das Schicksal Oberschlesiens in naher Aussicht steht.

Berliner Börse vom 19. Februar

Die drohende Beschlagnahme der Auslandseffekten brachte heute das in den letzten Tagen stark gestiegene Preisgebäude für diese Werte ins Wanken. Mexikaner, Japaner, Chinesen, Buenos-Aires-Stadt- und Provinz-Anleihen sowie Chilenen waren durchweg bis zu 12 Proz. abgeschwächt; doch vermochten sie später einen Teil der Einbußen wieder einzuholen. Oesterreichische und ungarische Fonds lagen fester. Das Interesse der Spekulation wendete sich wieder den heimischen Papieren zu, die eher etwas gesucht waren; Kriegsanleihe stellte sich auf 88,70. Der Geldmarkt hatte alte Sätze.

Auch bei den Industriepapieren waren die internationalen Werte Abstrichen unterworfen; so lagen niedriger Orientbahnen, Türkenlose, Canada-Bahn, Baltimore, Luxemburgische Prinz-Heinrich-Bahn. Dagegen bekundeten die heimischen Papiere recht feste Haltung. Von Montanpapieren waren Phönix, Gelsenkirchener, Bochumer anfangs 4 bis 5 Proz. gebessert; nur Rheinstahl mußten sich etwas abschwächen. Die Werte der chemischen Großindustrie konnten sich behaupten. Unter den Schiffahrtsaktien hatten Hansa eine größere Steigerung zu verzeichnen. Rüstungswerte hatten geteilte Haltung; während sich Köln-Rottweiler, Hirsch Kupfer, Deutsche Waffen, Gebr. Böhler sowie Orenstein & Koppel aufbesserten, gaben Rheinmetall im Kurse nach. Unter den Kalipapieren sind Deutsche Kali und Heldburg als gehoben zu nennen. Die amtlich nicht notierten Werte blieben umsatzlos, bis auf Petroleumaktien, die sich befestigen konnten.

Der Markt der mit Einheitskursen notierten Papiere hatte überwiegend festere Haltung. Höher stellten sich Sachsenwerk, Busch Waggon, Görlitzer Maschinen, Hartmann, Kirchner, Seiffert, Telephon Berliner, Poege, Auer, Rennier Gerbstoff, Chemische Goldschmidt, Schöneberck Metall, Kunz Treibriemen und Schubert & Salzer. Als niedriger seien erwähnt Dresdner Gardinen, Schlesische Gas, Hein Lehmann.

Berlin, den 19. Februar.

Wechsel	Geld	Brief		Heute	Vorige		Heute	Vorige		Heute	Vorige
Holland	240.–	240.50	Bad. Anilin	288.50	288.75	Kaliw. Aschersl.	160.25	160.75	[illegible]	134.87	134.25
Dänemark	218.–	218.50	Bergmann	147.25	146.–	Kaltwerk	–.–	156.–	Rathgeber	157.–	156.–
Schweden	240.75	241.75	Bln. Anh. Ma.	144.50	144.–	Kirchner & Co.	246.–	242.–	Sachsenwerk	250.–	246.–
Norwegen	229.75	230.25	Berl. Masch.	215.–	216.–	Kunz Treibr.	271.–	270.–	S. Kartonnag.	220.–	216.–
Helsingfors	91.50	91.75	Bing. Nürnb.	212.50	210.50	Lahmeyer	114.50	116.–	[illegible]	210.–	209.–
Schweiz	171.75	172.–	Bismarckh.	196.–	192.25	Lauchhamm.	161.75	160.12	Kamg. Hartha	160.25	160.25
Oest.-Ung.	49.90	50.05	Bochum Guß	190.–	185.50	Laurahütte	–.–	–.–	[illegible]	211.–	–.–
Spanien	156.–	157.–	Gebr. Böhler	191.87	193.–	[illegible]	–.–	–.–	Schubert & S.	244.50	242.–
—	Heute	Vorige	Busch Wagg.	175.25	174.50	Leipz. Gumm.	–.–	–.–	Schuckert	123.–	121.50
Schantung	108.50	108.–	[illegible]	197.–	197.–	Piano Zimm.	164.–	165.50	Fr. Schulz jun.	284.50	289.75
Oe. Berl. Str. B.	122.50	121.–	Chem. v. Heyd.	244.–	241.50	[illegible]	319.50	318.50	[illegible]	134.–	134.–
Oe. Staatsb.	–.–	–.–	[illegible]	150.50	151.–	Linde Eism.	153.50	152.75	Siemens & H.	150.12	150.12
Lombarden	17.–	17.50	Consolidat.	247.75	244.75	Lindenberg	–.–	279.–	Stettin. Vulk.	149.–	147.75
Anatolier	130.25	130.25	Daimler	224.–	221.50	Lindström	213.50	210.50	Stoer & Co.	149.25	145.50
Heinrichb.	168.–	171.50	Dt. Luxemb.	118.–	118.12	[illegible]	307.–	301.–	Stolb. Zink	113.75	113.62
Orientbahn	203.50	204.50	Dtsch. Erdöl	252.–	246.–	Lude. Löwe	239.75	235.–	Thale Eisen	293.–	290.–
D.-Austral.	–.–	–.–	Dt. Gasglüh.	328.75	323.–	Lorenz, C.	242.–	240.–	[illegible]	–.–	–.–
Hamb. Paket	89.37	88.62	Dt. Gußstahl	174.50	177.25	Mannesmann	177.50	175.–	Tüll. Flöha	213.–	212.50
Hb. Südam.	–.–	137.–	Dtsch. Kali	172.–	164.–	Masch. Kappel	245.50	241.–	Türk. Tabak	412.–	–.–
Hansa	189.–	186.75	Dtsch. Waffen	186.–	181.50	[illegible]	196.–	198.75	[illegible]	194.75	192.–
Nordd. Lloyd	89.50	89.75	Dresdn. Gard.	165.–	166.50	Neptun Schiff	126.50	129.75	Ver. D. Nickel	237.–	235.–
Bln. Hd. Ges.	155.75	155.75	„ Gasmotor	149.–	147.–	Nordd. Woll.	150.–	150.50	[illegible]	236.–	237.75
C. Allg. Dt.	124.50	124.–	[illegible]	275.–	273.–	[illegible]	136.75	136.–	[illegible]	209.–	210.–
Darmst. Bk.	119.50	119.50	[illegible]	190.50	190.–	[illegible]	144.–	142.50	Stahl Zypen	182.25	183.50
Deutsche Bk.	210.75	211.50	Gelsenk. Bgw.	149.–	147.25	[illegible]	206.–	203.75	Victoria	134.–	–.–
Disk. Ges.	168.–	167.50	[illegible]	186.50	182.–	[illegible]	151.75	152.50	Vogtl. Masch.	254.–	241.–
Dresdner Bk.	145.50	146.50	Goldschmidt	219.50	212.–	Phönix	169.50	168.–	Vogtl. Tüll	196.–	199.50
[illegible]	150.–	150.–	Hann. Masch.	324.–	323.75	Plau. Spitzen	136.–	139.–	[illegible]	294.50	284.–
Mitteld. Kred.	122.25	122.–	Harpener	161.–	164.–	[illegible]	144.–	141.–	[illegible]	218.50	224.–
Nationalbank	106.25	106.25	Hartmann	183.–	181.–	Poege	209.–	209.–	[illegible]	136.50	137.50
Leipz. Kredit	–.–	–.–	[illegible]	130.–	129.–	[illegible]	188.–	186.–	[illegible]	213.–	214.–
Pfälz. Bank	–	–	[illegible]	–.–	–.–	[illegible]	260.–	259.75	[illegible]	110.–	111.50
[illegible]	–	–	Hilpert Ma.	166.–	166.75	[illegible]	215.50	215.50	[illegible]	104.–	106.–
[illegible]	231.–	233.–	Hirsch Kupf.	174.–	176.–	[illegible]	205.–	204.75	[illegible]	–.–	–.–
[illegible]	227.50	228.75	[illegible]	256.50	256.50	[illegible]	147.50	148.25	[illegible]	198.–	196.–
Adlerwerke	261.50	258.–	[illegible]	219.–	214.50	[illegible]	151.–	148.–	[illegible]	176.–	161.25
Allg. El. Ges.	169.25	169.12	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	155.25	153.–	[illegible]	247.–	211.–
Anglo Cont.	140.75	142.75	Horch & Co.	243.–	242.–	[illegible]	197.50	185.–	[illegible]	109.–	109.75
Augsb. Nbg.	197.12	197.12	Humboldt Ma.	127.50	129.–	[illegible]	151.25	150.25			
[illegible]	211.–	207.–	Hupfeld	174.25	175.–	[illegible]	125.–	119.–			

Leipziger Börse vom 19. Februar

Auch heute war das Geschäft nicht sonderlich belebt, und die Tendenz ließ eine ausgesprochene Gleichförmigkeit nicht erkennen. Auf dem Gebiete der Industriepapiere gaben bei lebhafterem Geschäft Mansfelder Kuxe wiederum nach; Gesnitzer dagegen konnten sich behaupten. Von Maschinenaktien wurden Hallesche Zimmermann, Hugo Schneider, Schubert & Salzer, Ceres, Dippe, Dux Automobil, Hansa-Lloyd, Köllmann, Lauchhammer, Würker & Kairsch und ganz besonders Poege höher bewertet. Schwächer dagegen lagen Chemnitzer Zimmermann, Hartmann, Kästner, Golzerner Maschinen und gegen die letzte, längere Zeit zurückliegende Notiz auch Wotan-Werke. Bei Textilaktien war heute bei zwei Werten der Dividendenabschlag zu berücksichtigen: nämlich bei Thüringer Wollgarn und Textilose; der Kurs blieb unverändert. Höher stellten sich Tittel & Krüger, Kammgarn Gautzsch, Wernshausen sowie Meyer-Kauffmann; unter Einbuße hatten zu leiden Bachmann & Ladewig und Norddeutsche Wolle. Musikpapiere lagen vorwiegend fest; zwar gaben Piano Zimmermann eine Kleinigkeit nach; anderseits befestigten sich Hupfeld und Polyphon. Von sonstigen Industriewerten hatten Rositzer Zucker bei ansteigendem Kurse lebhafteres Geschäft; außerdem besserten sich Gnüchtel, Sächsische Bronze, Najork und Steiners Paradiesbetten auf; nicht voll behauptet waren Saccharin, Leipziger Dünger sowie Wezel & Naumann. Bankaktien veränderten sich nur wenig; Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt und Leipziger Hypothekenbank zogen an; auch Disconto-Commandit und Dresdner Bank kamen in Verkehr. Von Transportwerten befestigten sich Große Leipziger Straßenbahn.

Am Anlagemarkte erholten sich Kriegsanleihen weiter, und auch sächsische Rente konnte ihren Stand verbessern; 3½proz. Reichsanleihen wurden ebenfalls höher aus dem Markte genommen. In Stadtanleihen kamen Leipziger unverändert und Karlsbader zu besseren Preisen in Betracht. Von Pfandbriefen erfuhren Leipziger Hypothekenbank eine Steigerung, während Meininger und Gothaer unverändert blieben; Nachfrage zeigte sich nach 4proz. Landwirten.

*

* Berliner Hypothekenbank. Der Aufsichtsrat schlägt die Verteilung einer Dividende von wieder 4½ Proz. bei einem Neuvortrag von 0,16 (0,15) Mill. Mark vor.

Hauptschriftleiter Dr. Erich Everth.
Verantwortlich für den politischen Teil Dr. Georg Murgath; für den politischen Nachrichtendienst Georg Müller-Hahn; für die Handelszeitung Walter Schröder; für Leipziger, sächsische Angelegenheiten und Gericht J. Heiland; für Kunst und Wissenschaft Hans Georg Richter; für Musik Prof. Eugen Segnitz; für Sport, Bäder und Verkehr Dr. Ernst Schober. — Für den Anzeigenteil: Heinrich Walter.
Druck und Verlag: Leipziger Tageblatt Dr. Reinhold u. Co. Sämtlich in Leipzig. Berliner Schriftleitung: Dr. Eugen Fuchs. Dresdner Schriftleitung: Bruno Gabow.

Pianinos Flügel
eigener Fabrik.
Jul. Heinr. Zimmermann,
Querstraße 26/28.
Um Besichtigung meiner reichhaltigen Verkaufsräume ohne Kaufzwang wird höfl. gebeten.

Die drei Kinder

Roman von Hermann Einsheimer.

24)

(Nachdruck verboten.)

Aber gewiß, sagte Frau Hanna, wo sie Aussicht habe ihr Recht zu finden, werde sie es suchen. Dazu seien die Gerichte da.

Man müsse einen tüchtigen Anwalt befragen, meinte Felcher.

Die Frau war damit einverstanden, wollte es selber tun, mußte aber dieses Geschäft schließlich auch Felcher überlassen.

Advokaten — das war so sein Fall. Prozeßfragen — ganz sein Fall. Und dann diese Gesetze — wieder sein Fall.

Draußen glitzerten die Kirschen an den Bäumen, reifte das Korn, streckten die Reben lange Schößlinge in die Höhe — aber Felcher saß über Papieren und einem Gesetzbuch, das sie, wie er höhnisch meinte, das bürgerliche nennen, das aber kein schlichter Bürger verstehen könne. Er schrieb sich Fragen auf, die er an den Advokaten stellen und Bedenken, die er ihm vortragen wolle, und er wußte schon so etwa die Punkte, wo er wohl mit dem Advokaten nicht ganz übereinstimmen werde.

Je näher die Arbeit im Felde ihm auf den Leib zu rücken drohte, desto mehr wurde er ganz Geist für die Sache seines verstorbenen Freundes.

An einem schönen Sommertage nun fuhr er in die Stadt, wo das Landgericht seinen Sitz hatte. Sie war drei Stunden entfernt. Das gab eine richtige Tagfahrt für ihn.

Er hatte sich aber für Gesellschaft gesorgt. Heinrich bat ihn mitfahren zu dürfen, da lud er auch Gustav und Marie ein. Beide wollten nicht. Beide mußten aber.

Vor Marie stellte er sich mit breit gespreizten Beinen, wie vielleicht einst der einäugige Riese vor den kleinen Odysseus:

„So, du willst nicht! Schön, auch gut! Du willst nicht mit deinem alten Freund fahren, der dich auf den Armen getragen hat. Bist gar schon, ja, ja! schon eine Dame. Kommst nächstens in ein Pensionat. Na ja, viel Glück auf die Reise ins Ferne!"

Da lachte Marie und sagte, sie wolle ganz gerne mitfahren.

Und zu Gustav sagte Felcher:

„Ja, hast recht, bleibe zu Haus. Ich werde schon allein fertig. Dein Vater war ein rechtschaffener Mann. Und eines rechtschaffenen Mannes Geschäfte sind leicht zu erledigen. Da fahre ich halt allein mit Heinrich und Marie."

Wie sollte, wie konnte Gustav da nicht mitfahren?

So saß denn der Koloß Felcher vorne auf dem Bock des schmächtigen Korbwagens und neben ihm, ernst und still, Marie. An Felcher war alles Leben und Freude.

Hinten saßen die beiden Knaben und pflegten eine spärliche Unterhaltung.

Unterwegs begann Felcher Reden zu halten. Die drei Kinder hörten ihm bisweilen zu, besonders wenn er ganz leise sprach. Denn das tat er selten und nur bei den allerwichtigsten Dingen.

Heinrich wäre gern allein mit seinem Vater gefahren. Die Anwesenheit Gustavs ernüchterte, der Anblick Maries bedrückte ihn. Er konnte der Fahrt nicht froh werden.

Gustav hörte Felcher am eifrigsten zu. Die großen Worte des Alten waren ihm wie Keile, an die er seine Gedanken anbinden konnte, um sie nicht in trüb dämmernde Welten hinausirren zu lassen.

Felcher sprach vom Wein, vom Heu, von 47 Sorten Kirschen, die er einmal als Knabe in einer halben Stunde gekostet habe, von dem Großvater des Pferdes, das vor dem Wagen lief und von noch vielen anderen unwichtigen Dingen, die aber in seinem Munde groß und wichtig genug wurden, um etwa die Erde in ihrem Laufe zu hemmen oder eine neue Zeit einzuleiten. Je zufriedener Felcher mit sich und seiner jeweiligen Lage zu sein pflegte, desto mehr innere und äußere Bedeutung konnte er den Dingen geben, von denen er sprach.

Heute war er nun außerordentlich zufrieden.

„Der Großvater dieses Gaules," sagte er, „war ein Aristokrat. Nach menschlichen Begriffen mindestens ein Graf. Er fraß nur Hafer, der weiß war wie frisch gefallener Schnee. Gelblichen oder gar grauen verschmähte er. Dabei war das Tier fleißig wie kein zweites. Aber es ließ sich durch die Arbeit nicht beschmutzen. Es war nie unreinlich, auch wenn es nicht gewaschen und gestriegelt wurde. Sein Tod war ein wahrer Edelmannstod. Ich habe mal als Junge im Hof nach Spatzen geschossen, da gingen ihm ein paar Schrote ins Gehirn. Was tat der Gaul? Er schüttelte nur ein paarmal unwillig mit dem Kopf, warf mir einen strafenden Blick zu und tat seine Arbeit weiter. Er wurde aber von Stund an störrisch, bekam offene Stellen am Kopf und mußte schließlich erschossen werden. So einen Großvater hatte der Gaul da."

Gustav hörte die Geschichte eines Märtyrers, Heinrich die eines Helden. Marie aber war schon weiter, sie fühlte dunkel, daß der Held der Geschichte neben ihr sitze, und lächelte.

Als das Gefährt in der Stadt anlangte, wurde Felcher stumm.

Nun mußte er selbst überallhin sehen und hören. Er wurde wie ein Gefäß, dazu bestimmt, Neues in sich aufnehmen.

Vor einem grauen Hause ließ er den Gaul halten.

„Hier wohnt der Doktor Stechmaier," sagte er, stieg ab und verschwand im Hause.

Die Kinder saßen ratlos da. Marie ergriff die Lenkriemen. Heinrich sprang bald aus dem Wagen und hielt das Pferd am Zügel.

Ein paar sparsame Worte wurden gesprochen.

Der Wagen stehe schön im Schatten, meinte Marie. Wenn es aber Regen gebe, warf Gustav ein; dann werden wir auch im Schatten naß, sagte Heinrich.

Marie lachte. Auch Gustav zeigte ein stilles Lächeln.

Alle drei dachten nun an Schatten, Sonne und Regen.

Nur immer Schatten, Schatten, träumte Gustav.

Heidi, die Sonne! blitzte es aus Heinrich dem Sonnenschein auf der andern Straßenseite entgegen.

In Marie aber entstand ein Gemisch von Regen, Sonne und Schatten. Es wirbelte ihr vor den Augen. Sie wurde ganz lustig dabei.

Sie schwiegen wieder.

Da kam, ganz wild, Felcher aus dem Hause gerannt, schrie: „Wir fahren!" — wartete kaum, bis die Kinder wieder Platz genommen hatten, schrie auf den Gaul ein und fuhr davon.

Erst auf der Landstraße kam er zur Ruhe. Der Gaul, der des raschen Laufens müde war, fiel in einen ganz langsamen Schritt. Das brachte auch Felcher zur Besinnung.

Er sagte:

„Ja, die Advokaten. Da ist unsereiner nichts. Da ist man natürlich dumm. Die sind die Gescheiten."

Nun wurde er wieder ganz wild.

„Also, wenn doch eine Frau, wie die Frau Moser sagt, sie seien das Geld schuldig, so sind sie es doch auch. Wenn der Mann dann sagt: nein, dann kann das doch nichts gelten. Nicht wahr?"

Marie bejahte ganz überzeugt. Felcher drehte sich um; er wollte auch die Meinung der beiden Knaben hören. Die bejahten auch.

„Und der Advokat will mir das bestreiten."

Er war nun wieder ganz überlegen. Wie wenn es das Natürlichste von der Welt wäre, kehrte er um, fuhr wieder in die Stadt, vor das alte Haus, band das Pferd an die Klinke des Hoftores, hieß die Kinder ihm folgen und ging hinein.

(Fortsetzung in der nächsten Abend-Ausgabe)

Leipzig und Umgebung

Zur Kartoffelabgabe

Aus dem sächsischen Wirtschaftsministerium wird geschrieben:

„In der Presse ist die Berechtigung der Kommunalverbände zur Abforderung von 30 Pfund der auf Abschnitt C der Landeskartoffelkarte bezogenen Kartoffeln verschiedentlich angezweifelt worden. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß nach §§ 1 und 2 der Reichsverordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 (RGBl. S. 738) die Kommunalverbände die für die Ernährung der Bevölkerung erforderlichen Kartoffeln zu beschaffen und die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu regeln haben. Nach § 16 derselben Verordnung erlassen die Landesbehörden die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Auf Grund dieser Vorschrift ist die Bekanntmachung vom 7. September 1918, abgedruckt in der „Sächsischen Staatszeitung" Nr. 210 vom 9. September 1918, ergangen, in der unter Ziffer 2 die Bestimmungen über die Landeskartoffelkarte unter Zugrundelegung eines Wochenkopfsatzes von 7 Pfund enthalten sind. Nachdem nunmehr von Reichs wegen die Wochenkopfmenge an Kartoffeln für die versorgungsberechtigte Bevölkerung allgemein auf 5 Pfund herabgesetzt worden ist und infolgedessen kein Versorgungsberechtigter auf mehr als 5 Pfund Kartoffeln wöchentlich Anspruch hat, anderseits aber alle Verbraucher diese 5 Pfund beanspruchen können, ergab sich die Notwendigkeit, auch die Kartoffelmenge für die auf Landeskartoffelkarte eingedeckten Personen herabzusetzen und den Ueberschuß im Interesse der nicht eingedeckten Verbraucher abzufordern. Diese Anordnung ist also eine Ausführungsbestimmung im Sinne der erwähnten Reichsverordnung vom 18. Juli 1918 und daher rechtsgültig."

Wir möchten hierzu folgendes bemerken: So recht überzeugt wird man im Publikum von dieser Beweisführung nicht sein. Sie fußt im Grunde genommen nur darauf, daß man behördlicherseits zur Abforderung von Kartoffeln berechtigt zu sein glaubt, weil die allgemeine Verbrauchsmenge von 7 auf 5 Pfund herabgesetzt worden ist. Das könnte zu einer Schraube ohne Ende werden, denn da eine weitere Herabsetzung der Kartoffelration schon in Aussicht gestellt ist, so würde die Ablieferung wieder von neuem losgehen. Ein solches Hantieren in der Versorgung der Bevölkerung ist doch unmöglich und es ist in früheren Jahren auch nicht der Fall gewesen. Der ganze Vorgang zeigt auch, eine wie geringe und unzuverlässige Berechnung unserer diesjährigen Kartoffelversorgung zugrunde gelegt worden ist. Aber etwas anderes kommt noch hinzu, auf das wir schon aufmerksam gemacht haben. Wir meinen die Frage der Abforderung. Der Leipziger Rat versteht hierunter die Ablieferung. Nach dieser Richtung hin kann in keiner Weise eine Verpflichtung anerkannt werden. Beim Erzeuger mag sie gelten, der Verbraucher, der sich nur in Gemäßheit der behördlichen Aufforderungen eingedeckt hatte, ist auf keinen Fall lediglich der Lagerhalter der Behörde. Wir haben auf unseren früheren Aufsatz hier eine Fülle von Zuschriften erhalten, die wir leider des Raummangels halber nicht veröffentlichen können. In allen Zuschriften, ohne Ausnahme, wird entschiedenster Einspruch gegen das behördliche Verfahren und namentlich gegen eine etwaige Ablieferung eingelegt. Dazu die Forderung von „einwandfreien Kartoffeln". Die Einsender bemerken mit Recht, daß die Behörde ihnen damit zumutet, die minder guten Kartoffeln selbst zu behalten und für andere die guten herzugeben. Wir selbst stehen auf dem Standpunkt, daß in des Volkes dringender Not einer dem anderen helfen muß. Aber auf dem Wege, wie ihn die Behörde sich denkt, geht es nimmermehr.

Und schließlich noch eins: Je mehr die Kartoffelmenge für die Verbraucher eingeschränkt wird, desto höher steigt die Schleichhandelskartoffel im Preise (die sog. „markenfreien"). Wie wir zuverlässig vernehmen, werden jetzt schon 30 Mark und darüber für einen Zentner von Städtern gezahlt, die in ihrer Angst auf das Land gehen und sich dort versorgen. Es gibt also noch Kartoffeln auf dem Lande. Warum greift da die Regierung nicht zu. Sie zeigt sich ja sonst so „stark", spricht sogar von Sozialisierung und anderen schönen Dingen mehr. Und hier hat sie keine Anrage? Sollte im sozialdemokratischen Staat der Wucher noch mehr blühen als im monarchischen?

* **Michaeliskirche.** Heute abend 8 Uhr wird Pfarrer Scherffig im Konfirmandenraum der Michaeliskirche wieder fortfahren in seiner Erörterung der Frage „Religion und Moral".

* **Deutsche Kolonialgesellschaft.** Wie in anderen Großstädten im Reiche, veranstaltete die Deutsche Kolonialgesellschaft, Abteilung Leipzig, gestern abend auch hier eine große öffentliche Protestversammlung gegen die von der Entente beabsichtigte Stellung der deutschen Kolonien unter die Kontrolle des Völkerbundes. Vom Vorsitzenden, Reichsgerichtsrat Dr. v. Schwarze, wurde der stark besuchten Versammlung eine Entschließung folgenden Inhalts verlesen: „Das gesamte deutsche Volk fordert die Rückgabe seiner Kolonien als sein unbestrittenes Recht. Nie und nimmer kann Deutschland um dieses Recht gebracht werden, wenn anders Treu und Glauben bei Durchführung des 5. Punktes des Programms des Präsidenten Wilson maßgebend sind. Denn: 1. Deutschland hat sein Schutzgebiet durchweg auf friedlichem Wege und in völkerrechtlich unantastbarer Weise erworben; 2. Deutschland hat gerecht und fürsorglich die Interessen der eingeborenen Bevölkerung wahrgenommen und mit wachsendem Erfolge ihren wirtschaftlichen und sittlichen Aufstieg gefördert; 3. Deutschland kann den Besitz seiner Kolonien wirtschaftlich nicht entbehren; sie sind bestimmt, in steigendem Maße dem Mutterlande die Versorgung mit dringend notwendigen Rohstoffen, seinem Handel und Gewerbe Absatzgebiete, seiner überflüssigen Volkskraft Siedelungsland, seinem Unternehmungsgeist Wirkungsfelder zu sichern; 4. Deutschland hat als großer Kulturstaat einen moralischen Anspruch, an seinem Teil auch weiterhin an der weltgeschichtlichen Aufgabe der friedlichen Erschließung unentwickelter Länder und der Hebung ihrer Bevölkerung mitzuwirken. Der Ausschluß Deutschlands von kolonialer Betätigung wäre ein Bruch der vereinbarten Friedensgrundlagen und eine Vergewaltigung des deutschen Volkes. Die Tausende im Großen Saale des Zoologischen Gartens versammelten Männer und Frauen Leipzigs erheben feierlich Protest gegen die Absicht feindlicher Mächte, Deutschland seiner Kolonien zu berauben." Begründet wurde diese Entschließung von Rechtsanwalt Paul Bloch in einem Vortrage über: „Deutschlands Recht auf Rückforderung seiner Kolonien." Der Vortragende, ein früherer Schutztruppler und guter Kenner unserer kolonialen Besitzungen, ging besonders auf die rechtliche Seite unserer Forderungen ein. Er bezweifelte, daß Präsident Wilson ehrliche Absichten gegen Deutschland hege und stützte sich dabei besonders auf die Ziffer 19 des Völkerbundentwurfes, nach dem die deutschen Kolonien dem Völkerbund gehören sollen. Wie Lettow-Vorbeck bis zum Schlusse den Kolonien die Treue gehalten, so müsse sich jetzt das ganze deutsche Volk hinter die Forderung auf Rückgabe seiner Kolonien stellen. Der Vortrag fand stürmischen Beifall. Der zweite Redner, Marinepfarrer a. D. Wangemann, gab dann ein Bild der Entwicklung unseres afrikanischen Besitzes in 25jähriger Kolonialarbeit und verflocht damit zahlreiche alte Erinnerungen an seinen Aufenthalt in Togo, Kamerun usw. Seine Schlußworte: „Wir halten dich fest, deutscher Kolonialbesitz", fand gleichfalls sehr lebhafte Zustimmung. Zum Schlusse führte der bekannte Afrikareisenden Hans Schomburgk die Zuschauer nach dem deutschen Sudan.

* **Einigung im Bornaer Kohlenrevier.** Am Montag fanden in Leipzig Verhandlungen mit den Bornaer Bergarbeitern statt. Anwesend waren Minister Heldt, Nitzsche und Schwartz, ferner Vertreter des Bornaer A.- und S.-Rates, der Viererausschuß in Borna und Vertreter vom Halleschen Bergamt. Man kam überein, die Wahlen für die Betriebsräte im Bornaischen Revier nicht wie beabsichtigt, am 19., sondern erst am 23. Februar stattfinden zu lassen, und zwar sollen nur 20jährige, wie bei der Volkskammer, das Wahlrecht haben und nicht auch die 18jährigen, wie es anfangs gefordert war. Es werden also Ausschüsse und Betriebsräte gewählt werden, die ihren Dienst nach den Weisungen der Reichsregierung erfüllen sollen. Sie sollen einen gewissen Einfluß auf die Verwaltung der Werke haben und vor allen Dingen bei Beschwerden mit hinzugezogen werden. Ferner sollen sie auch die Förderung überwachen, weil behauptet wird, daß die Bergwerksbesitzer die Kohlenförderung verhindern. Der Viererausschuß löst sich auf. Die Kosten, die er bisher verursacht hat, übernimmt das Bergamt. Die Betriebsräte werden später in die Arbeiterkammern eingegliedert werden. Die Bornaer Vertreter haben hiermit ihr Einverständnis erklärt und sich verpflichtet, für Ruhe zu sorgen. Es ist ihnen auch zugesagt worden, daß allen denen, die zu diesem Vorgehen Anlaß gegeben haben, kein Schaden daraus entstehe.

* **Tagung der kriegsbeschädigten Beamten.** Am 23. Februar mittags 1 Uhr wird auf Einladung des Freien wirtschaftlichen Verbandes Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich, Sitz Leipzig, im Volkshaus hierselbst eine öffentliche Versammlung der gesamten im Reichs-, Staats- und Gemeindedienst beschäftigten Kriegsbeschädigten stattfinden.

Sächsische Nachrichten

ar. Frankenberg, 19. Februar. Die Begründung einer Ortsgruppe des Verbandes sächsischer Industrieller fand am 14. Februar hier statt. Syndikus Dr. Merz hielt einen längeren Vortrag über die wirtschaftliche Lage und die organisatorischen Aufgaben der Industrie, an den sich eine lebhafte Aussprache anschloß. Zum Vorsitzenden wurde Prokurist Nendel, Direktor der Paradiesbettenfabrik M. Steiner & Sohn, gewählt. Der Ortsgruppe schlossen sich bisher annähernd 60 Mitglieder an. — In der Versammlung wurde hinsichtlich des Gesetzentwurfes betr. die Besteuerung des Vermögenszuwachses eine Resolution angenommen, die die Abgeordneten des Wahlkreises auffordert, sich über die wirtschaftlichen Wirkungen der Besteuerung zu unterrichten und die Wünsche der Industrie wegen Abänderung des Entwurfes zu vertreten.

i. Hohenstein-Ernstthal, 18. Februar. Die Arbeitslosigkeit ist hier besonders hoch; bei einer Einwohnerzahl von 15 000 sind hier über 2000 Arbeitslose zu verzeichnen.

Thüringen und Provinz Sachsen

Kassel, 19. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Auf der Bahnstrecke Naumburg—Kassel stürzte zwischen Albungen und Allendorf ein unbekannter Geschäftsreisender während der Fahrt aus dem vormittag verkehrenden Eisenbahnzuge. Er kam unter die Räder zu liegen und war sofort tot.

* **Gera (Reuß),** 18. Februar. Vom Eisenbahnzug überfahren und getötet wurde auf der Strecke Weimar—Gera der Barbierlehrling Seidel aus Harpersdorf. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht aufgeklärt.

Lebensmittelkalender für Donnerstag, 20. Febr.

Für Haushaltungen.

Anmeldung: Fleisch — letzter Tag — abzugeben Fleischmarkenstreifen A 1—10 (200 Gramm Fleisch und 50 Gramm Wurst); A 1—8 (200 Gramm Fleisch); A 9—10 (50 Gramm Wurst).

Ausgabe: Zucker für Schank- und Speisewirtschaften: Warenentnahme, Roßplatz 9, gegen Zuckerausweiskarte für Nr. 601 bis 1200 der Personenausweiskarte.

Für Händler.

Nährmittel, Mehl, Zucker für Kinder bis zu 2 Jahren und Nährmittel für Schwangere: Bezugscheinentnahme, Schalter 17. — Kaffee-Ersatzmittel: Bezugskartenentnahme durch die Kleinhändler und Vorlegung an die Verteilungsstelle, Schalter 19. — Marmelade: Bezugskartenentnahme durch die Kleinhändler. — Karbid: Letzter Tag der Einreichung der Karbidabrechnung durch die Kleinhändler an das Gewerbeamt, Rathaus, Zimmer 198.

*

Musküche des Nat. Frauendienstes, Lindenau, Lützner Straße 25. Musabgabe 9—½12 Uhr, Nummern 1345—1512.

Sport und Spiel

Leipziger Sportvereinsleben

Der Leipziger Radfahrer-Club „Diana", Leipzig-West 1891, hielt am 17. Februar seine 28. Hauptversammlung ab. Es fand zunächst die Begrüßung der aus dem Felde zurückgekehrten und ein ehrendes Gedächtnis der gefallenen Mitglieder statt. Besonders geehrt wurde das aus jahrelanger russischer Gefangenschaft zurückgekehrte verdiente Mitglied Richard Hermann, der leider durch die erlittene schwere körperliche Schädigung dem Sport nicht mehr dienen kann. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Will Frenzel, 2. Vorsitzender: Paul Rühle, Kassierer: Oswald Schneider, Fahrwarte für Reigenfahren: P. Martin, O. Lehmann, für Bahnwesen: W. Herbert, A. Haring, für Reigenfahren: A. Simesch, A. Pabst. — Versammlungen finden jeden Donnerstag nach dem 1. bzw. 15. im Monat statt. Neuanmeldungen nimmt die Geschäftsstelle, L.-Lindenau, Kaiserstraße 1 (Anruf 33 577), sowie jedes Mitglied entgegen. Die Uebungsabende für Saalsport werden regelmäßig Mittwochs und Sonnabends in der Turnhalle des Allgemeinen Turnvereins zu L.-Lindenau abgehalten. Alle Vereine, die den Saalsport wieder aufgenommen haben, werden gebeten, ihre Zuschriftenadresse der Geschäftsstelle einzureichen.

Handels-Nachrichten

Steuern und Bankgeheimnis

Je höher die Steuern sind, desto größer ist die Versuchung, sich auf irgendeine Weise einem Teil der Abgaben zu entziehen. Es ist begreiflich und im Interesse der übrigen Steuerzahler unbedingt erforderlich, daß diesen Bestrebungen durch den Staat ein fester Riegel vorgeschoben werde. Bei der Erörterung, wie dies geschehen solle, spielt in letzter Zeit die Frage des sog. Bankgeheimnisses eine größere Rolle. Die Banken, Bankiers und Sparkassen sind nach den jetzt geltenden Bestimmungen zur Verschwiegenheit über die bei ihnen deponierten Gelder usw. verpflichtet, und niemand, auch nicht die Steuerbehörde, hat das Recht, Auskunft über Vermögensbesitz der Kunden dieser Institute zu verlangen. Es ist nun die Frage, ob bei Fortfall dieser Bestimmung, insbesondere der Steuerbehörde gegenüber, der Steuerhinterziehung erfolgreicher vorgebeugt werden kann als bisher. Mit der Untersuchung hierüber beschäftigt sich in einer kleinen Broschüre Woldemar Carlsohn (Woldemar Carlsohn, Die Vermögenssteuer und das Bankgeheimnis, Preis 25 Pfg.); das gleiche Thema behandelt in Band 35 des Finanzarchivs Buck in einem Aufsatz: „Zur Frage der Auskunftspflicht der Banken und Sparkassen in Steuersachen." Eine Erwiderung auf diesen findet sich in Nummer 1 des 15. Jahrgangs der Deutschen Wirtschaftszeitung von Reg.-Rat Walter Moll.

Carlsohn geht davon aus, daß bei keiner Steuer falsche Angaben leichter seien als bei der Vermögenssteuer. Dem müsse abgeholfen werden, aber nicht durch Abschaffung des Bankgeheimnisses. Schon die Möglichkeit, daß dieses geschehen könne, habe viele veranlaßt, deponierte Vermögen zurückzuziehen und in eigne Verwaltung zu nehmen. Es würden sich hierdurch die gleichen unerquicklichen Erscheinungen des Notenhamsterns mit ihren Folgen ergeben, die wir bei Beginn der Revolution erlebten. Außerdem würde durch die Beseitigung des Bankgeheimnisses das Vertrauen des Publikums zu den Banken erschüttert, und damit erhielte die wichtigste Grundlage alles geschäftlichen Verkehrs einen Stoß. Zur Verhinderung von Steuerdefraudationen fordert der Verfasser zwei Maßnahmen: einmal eine enge Verbindung von Vermögens- und Erbschaftssteuer, so daß bei Anfall einer Erbschaft nachträglich die Richtigkeit der Vermögensangabe des Erblassers festgestellt werden kann. Zum andern verlangt er ein höheres Strafmaß, bei dem auch Freiheitsstrafen zur Anwendung kommen sollen.

So sehr wir uns auch mit der Tendenz jener Broschüre einverstanden erklären, ebenso sehr wäre zu wünschen, daß der Verfasser seine Angaben und Forderungen etwas eingehender begründete. Unrichtig ist der Satz, daß es „bekanntlich" in keinem Lande außer Deutschland eine gut durchgeführte Einkommensteuer gäbe. „Bekanntlich" existiert sie im Deutschen Reich überhaupt noch nicht, sondern ist lediglich von den Einzelstaaten mit mancherlei Verschiedenheiten durchgeführt, und „bekanntlich" haben Oesterreich und vor allem England recht gute Einkommensteuern.

In dem obenerwähnten Aufsatz des bekannten Steuerschriftstellers Buck kommt dieser zu der entgegengesetzten Forderung: er verlangt die Aufhebung des Bankgeheimnisses, und muß sich eine sachlich äußerst stichhaltige Widerlegung von Walter Moll gefallen lassen. Buck will alle sonstigen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte beiseite lassen und die ganze Frage nur vom Standpunkte der Steuertechnik aus betrachten. Nun, unter derartig einseitigen Gesichtspunkten hat unsere Finanzpolitik unter dem alten Regime oft genug gekrankt, für die neue Zeit möchten wir dafür danken. Buck, auf dessen Schrift ausführlicher einzugehen der Platzmangel verbietet, fordert, daß die Banken und Sparkassen von Zeit zu Zeit „im Anschluß an die Ergänzungssteuer- und Besitzsteuerveranlagung über das Vorhandensein und Nichtvorhandensein eines Guthabens oder Depots Mitteilungen zu machen hätten". Moll bekämpft diesen Standpunkt, indem er an Beispielen aus dem Buckschen Aufsatz selbst nachweist, daß die Folge dieser Maßnahme eine Rückziehung aller flüssigen Mittel von den Banken sei. Ferner könnten vorübergehend deponierte Gelder den Anschein der Verschweigung von Vermögensteilen erwecken. Moll kommt zu dem Schluß, daß nur durch Stärkung des Verantwortlichkeitsgefühls, nicht mit Maßnahmen, die die Freiheit des einzelnen beengen, dauernd ein gesunder Fortschritt erzielt werden kann. Es würde zu weit führen, auf die einzelnen Vorschläge, die von Moll gemacht werden, an dieser Stelle näher einzugehen. Ich glaube aber, daß im allgemeinen Interesse, besonders im Interesse eines gesunden Wirtschaftslebens gefordert werden muß, daß nur dann, wenn sich alle andern Maßnahmen zur Verhütung von Steuerhinterziehungen als zwecklos erweisen, zu einer Beseitigung des Bankgeheimnisses geschritten werden darf.

Dr. Fl.

* **Erzgebirgischer Steinkohlen-Aktienverein** zu Schedewitz bei Zwickau i. Sa. Nach dem Geschäftsbericht für 1918 stellte sich einschließlich Vortrag der Rohgewinn auf 3 986 245 (i. V. 2 997 711) M. Nach Verrechnung der Unkosten und bei Abschreibungen von 1 150 587 (794 718) M, einer Rückstellung für Beiträge zur Knappschafts-Berufsgenossenschaft von 250 000 (0) M und einer solchen für Kriegssteuer von 188 800 (120 000) M verblieb ein Reingewinn von 721 065 M (572 953 M nach einer Rücklage für unterlassene Gesteins- und Ausrichtungsarbeiten von 150 000 M). Hieraus soll eine Dividende von 120 (i. V. 95) M auf die Aktie verteilt werden, während 1065 (2953) M als Gewinnvortrag dienen.

Bei dem Unternehmen hatten die bekannten Umstände in den letzten beiden Monaten des Berichtsjahres eine Abnahme der täglichen Förderung um 500 Tonnen gegenüber der Durchschnittstagesleistung im ersten Halbjahre. Die durch die erhöhten Löhne und die Einführung des Achtstundentages bedingten Mehrausgaben belaufen sich auf mehr als das Zehnfache des für das Berichtsjahr zur Verteilung stehenden Reingewinnes; demgegenüber ist bekanntlich am 1. Januar eine starke Erhöhung der Verkaufspreise eingetreten. Die Kohlenvorräte beziffern sich auf 373 374 (357 349) Mark. Im Hinblick auf das unterm 14. Juni 1918 in Kraft getretene Gesetz über das staatliche Kohlenbergbaurecht wurde mit der Stadtgemeinde Zwickau am 1. Mai 1918 ein Vertrag abgeschlossen, nach dem die letztere sich verpflichtet, keinerlei Einwendungen gegen den Kohlenabbau unter dem gesamten Stadtinnern zu erheben und in die Abtretung der städtischen Abbaurechte an das Unternehmen zu willigen, während der Steinkohlenbauverein an alle in dem bezeichneten Gebiete Berechtigten eine Förderabgabe von 1 M. für jede geförderte Tonne Kohle zu entrichten hat. Auf Grund eines mit dem sächsischen Staatsfiskus abgeschlossenen Vertrages wurde am Ende des Berichtsjahres die Aufnahme der zur Aus- und Vorrichtung der unteren Abteilung des Tiefen Planitzer Flözes erforderlichen Strecken unter dem Stadtinnern in Angriff genommen. Mit dem Aktienvereine der Zwickauer Bürgergewerkschaft ist ein Abkommen wegen Ueberlassung eines Teiles des westlich an das Stadtinnere angrenzenden Grubenfeldes an das Unternehmen getroffen worden.

Die Kohlenförderung stellte sich in 1918 auf insgesamt 702 792 (692 015) t. Für Bergschäden hatte das Unternehmen 374 569 (48 867) M zu zahlen. — In der Bilanz erscheint das Grundstücks-Erwerbskonto I mit 990 208 (829 121) M, Bestände mit 882 318 (1 356 490) M, Wertpapiere mit 739 510 (671 647) M, Debitoren und Bankguthaben mit 2 614 449 (1 961 630) M und Kreditoren mit 2 518 348 (3 641 685) M.

fd **Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat** beabsichtigt, bei der in Kürze erfolgenden Neuregelung der Verkaufspreise von einer Erhöhung ab 1. März abzusehen. Es sollen vielmehr die bisherigen Notierungen für einen Monat länger bestehen bleiben, obwohl viele Zechen geltend machen, daß die unausgesetzte Steigerung der Selbstkosten eine weitere Erhöhung des Kohlenpreises rechtfertigen würde.

* **Bonner Bergwerks- und Hüttenverein.** Nach dem Geschäftsbericht stellt sich der Reingewinn auf 1,04 (1,67) Mill. Mark, nach Abschreibungen von 0,68 (0,67) Mill. Mark, aus dem bekanntlich eine Dividende von 5 Proz. (wie i. V.) auf die Vorzugsaktien und von 11 (14) Prozent auf die Stammaktien sowie außerdem ein Bonus von 67,50 (65) Mark verteilt werden soll. Absatz und Ertrag haben sich gegen das Vorjahr vermindert. Nach der Bilanz erhöhten sich die Vorräte erheblich und belaufen sich auf 1,09 (0,35) Mill. Mark; die Debitoren stehen mit 0,49 (0,76) Mill. Mark zu Buche, Bankguthaben mit 0,86 (0,48) Mill. Mark, Effekten mit 2,84 (3,30) Mill. Mark und Kreditoren mit 1,55 (1,55) Mill. Mark. Es ist fraglich, ob der Absatz, der zunächst im neuen Jahre leidlich war, den ganzen Winter hindurch in gleicher Höhe wird aufrechterhalten werden können.

lr **Vom Trägermarkt.** Die rheinisch-westfälische, die süddeutsche, die mitteldeutsche und die ostdeutsche Trägerhändlervereinigung sowie das Berliner Baueisenkontor haben im Hinblick auf die vom Stahlwerksverbande vorgenommene Erhöhung des Formeisenpreises die Preise vom Lager in der Weise erhöht, daß zunächst der vom Stahlwerksverbande geforderte Mehrpreis von 100 M für die Tonne und darüber hinaus der übliche Aufschlag des Handels bei kommenden Abschlüssen berechnet wird. Infolge der stark eingeschränkten Liefermöglichkeit ist das Geschäft in Trägern sehr eingeschränkt. Das Fehlen der Anlieferungen aus Lothringen und Luxemburg sowie aus dem Saargebiet — Bezirke, die als Hauptlieferanten von Formeisen in Betracht kommen — macht sich sehr fühlbar, zumal weil die Werke des engeren rheinisch-westfälischen Industriebezirkes infolge der mannigfachen Störungen des Betriebes nur beschränkte Teilmengen ihrer normalen Erzeugung zu liefern in der Lage sind. Auch das Geschäft vom Lager in den übrigen Eisensorten ist aus den gleichen Gründen sehr ruhig, da die Werke unpünktlich liefern und ausgedehnte Lieferfristen fordern, sofern sie überhaupt Bestellungen annehmen. Infolgedessen haben sich für besonders eilige Anforderungen Preise herausgebildet, die die sogenannten offiziellen Notierungen ganz wesentlich überschreiten. Die Preise für Verkäufe ab Lager sollen im Hinblick auf die bedeutende Erhöhung von seiten der Werke in den nächsten Tagen abermals einer Revision unterzogen werden.

*

* **Anleihe der Stadt Erfurt.** Die Erfurter Bankenvereinigung übernahm 30 Mill. Mark 4proz. Erfurter Stadtanleihe zum kommissionsweisen Verkauf zu 98½ Proz. Die Tilgung ist bis Ende 1929 ausgeschlossen, von da ab in jährlichen Quoten von 1 Proz. zuzüglich Zinsenersparnis.

* **Lindener Creditbank,** e. G. m. b. H. Der Aufsichtsrat bringt eine Dividende von **wieder 8 Proz.** in Vorschlag. Der Gesamtumsatz belief sich auf 194 Mill. Mark gegen 150 in 1917. Die Spareinlagen steigerten sich erheblich und betragen jetzt rund 8 Mill. Mark.

* **Neues Versicherungsaktienunternehmen.** Mit einem Aktienkapital von 1 Mill. Mark wurde unter dem Namen **Kraft, Versicherungs-Akt.-Ges. des Automobilklubs von Deutschland** ein neues Versicherungsunternehmen gegründet. Von dem Kapital übernahm die Allianzversicherungs-Akt.-Ges. 450 000 M, die Münchener Rückversicherungsgesellschaft 450 000 M. und der Automobilklub 100 000 M. Gegenstand des neuen Unternehmens ist die Versicherung von Personen und Betrieben, die mit dem Betrieb von Kraftfahrzeugen zu tun haben, auf Unfall und Haftpflicht hin und die Versicherung von Fahrzeugen gegen Vernichtung. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Nennwert bei einer Einzahlung von vorläufig 25 Proz.

*

* **Metall-Industrie Schönebeck, Akt.-Ges.,** in Schönebeck a. E. Der im Juli 1914 vom Aufsichtsrat gefaßte Beschluß, das Kapital von 1 250 000 M um 250 000 M zu erhöhen, soll jetzt durchgeführt werden. Ein Konsortium, bestehend aus Aufsichtsrat und Vorstand, übernimmt die Aktien, die ab 1. Juli 1919 dividendenberechtigt sind, zu 105 Proz. mit der Verpflichtung, nach Eintragung des Beschlusses ins Handelsregister sie den alten Aktionären im Verhältnis von 1 zu 5 zum Kurse von 110 Proz. anzubieten. Zunächst sollen nur 25 Proz. und das Aufgeld eingezahlt werden.

ch **Sangerhauser Aktien-Maschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Hornung & Rabe** in Sangerhausen. Die Generalversammlung genehmigte die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. sowie eines Bonus von 10 Proz. und wählte neu in den Aufsichtsrat Bankdirektor Karl Schnader in Halle a. S. Ueber die Aussichten vermochte die Verwaltung angesichts der ungeklärten Lage keine Mitteilungen zu machen.

* **Vereinigte Zünder- und Kabelwerke, Akt.-Ges.,** in Meißen. In der am 17. d. M. abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrates wurde beschlossen, der für den 20. März einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von **25 (i. V. 30) Proz.** vorzuschlagen.

* **Breslauer Aktien-Malzfabrik.** Die Generalversammlung stimmte der vom Aufsichtsrat vorgeschlagenen Ausschüttung von wieder 6 Proz. Dividende zu. Der Reingewinn beträgt 148 386 (128 061) M, von dem 30 404 (31 354) M auf neuen Vortrag genommen werden. Der Beschäftigungsgrad des eigentlichen Unternehmens war schlecht, das günstige Ergebnis ist vor allem auf die Trockenarbeiten zurückzuführen. Die Aussichten für das neue Jahr sind zufriedenstellend.

* **Günstige Ergebnisse der englischen Spinnereien.** Nach einer Statistik, die 40 größere englische Wollwarenspinnereien umfaßt, hat sich der Gewinn dieser Spinnereien während der Kriegsjahre von durchschnittlich 10 Proz. in den Friedensjahren auf 42 Proz. erhöht.

Zahlungseinstellungen usw.

[illegible] Prüfungstermin.

	A.-A.	1. Gl.	P.-T.
a) aus Sachsen.			
1. **Chemnitz.** Max Sigler, Ingenieur, Werkzeugmaschinenfabrik	15/4	3/3	29/4
2. **Plauen, Vogtl.** Klara Alma verw. Seifert †	10/3	17/3	17/3
3. **Stollberg, Erzg.** K. Robert Löffler †, Schlosser in Jahnsdorf	26/2	4/3	4/3
Konkursverwalter: 1. Rechtsanwalt Johannes Ulrich, 2. Rechtsanwalt Dr. Beckmann, 3. Rechtsanwalt Singer in Stollberg, Erzgeb.			
b) Aus dem übrigen Reiche.			
Berlin. Simon J. Knoller †, Kaufmann	21/4	6/3	26/3
Berlin-Schöneberg. Adolf Grunow †, Kaufmann	15/3	4/3	24/3
Louis Brockmann †, Rentier	20/3	11/3	1/4
Bochum. H. Wilhelm Hilgenberg †, Polsterer	21/3	27/3	27/3
Gelsenkirchen. Leo Fuske †, Wirt	7/3	27/3	27/3
Gera, Reuß. Handelsges. Firma F. Stronk & Co.	15/3	7/3	4/4
Hamburg. Kommanditges. in Firma Fr. Albert Eising	10/4	12/3	14/5
— Erwin Harder, Gastwirt	28/2	12/3	12/3
Hannover. Karl Volger, Kaufmann	10/3	11/4	11/4
Lesum. Hermann Steck †, Maurermeister	3/3	7/3	7/3
Mannheim. Ph. Fuhr †, Inh. eines Papierwarengesch. in Feudenheim	27/2	7/3	7/3
Nürnberg. Emil Eibensky †, Institutsdirektor	11/3	7/3	21/3
Saarbrücken. Walter Steinbrecher, Kaufmann	20/3	4/3	3/4
Siegen. Eheleute Franz Mettner †, in Eiserfeld	15/3	31/3	31/3
Wiesbaden. Carl Schäfer, Kaufmann	15/3	1/3	29/3

SLUB
Wir führen Wissen.